

Forschung und Forschungsförderung Fälschungen, Betrug und Konkurrenz

Inge Broer in der WDR-Sendung „Immer Ärger mit Linda“ (2006)

Im Moment ist es hauptsächlich Forschung in der Gentechnik, weil es dafür Geld gibt.

Aus einer Pressemitteilung des BÖLW am 26.1.2009²

„Zwar konnten mit im Schnitt jährlich ca. 7 Mio. € aus Mitteln des Bundesprogramms Ökologischer Landbau wichtige Praxisfragen beforscht werden“, lobte Prof. Jürgen Heß von der Universität Kassel, „aber für notwendige Grundlagenforschung und um den Ökolandbau als innovatives System für eine nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft weiterzuentwickeln, gibt es kein Geld.“ Den Mitteln für die Ökolandbauforschung stehen jährlich allein 165 Mio. € für Biotechnologieforschung durch das Bundesforschungsministerium und 26 Mio. € für die Erforschung nachwachsender Rohstoffe gegenüber: „Das ist eine eklatante Ungleichstellung der verschiedenen Ansätze innerhalb der Agrarforschung“, so Felix Prinz zu Löwenstein, Vorstandsvorsitzender des BÖLW. Zusätzlich wird die Agro-Gentechnik-Forschung von der Privatwirtschaft finanziert, BASF investiert jährlich allein 133 Mio. € in diesem Bereich.

Das gilt international genauso, sagt Rhonda Janke, Professorin für umweltverträgliche Landwirtschaft, Universität Kansas:³

Nur eine verschwindend geringe Geldmenge geht an umweltverträgliche oder Biolandwirtschaft. Verglichen mit den Unmengen, die zum Beispiel in die Gentechnik gesteckt wird, ist das ein winziger Betrag. Selbst wenn sich niemand in Kansas für Genweizen interessierte, würden in dem Gebäude, in dem ich arbeite, mindestens drei oder vier Leute daran arbeiten – nur weil da das Geld steckt. Irgendjemand in der Regierung glaubt, dass Gentechnik wichtig ist, deshalb ist dafür Geld da.

Was geschieht nun mit diesen Forschungsmillionen? Wie sieht sie aus, die hochgelobte Freisetzungsforschung in Deutschland? Werfen wir zunächst einen Blick auf den wichtigsten Versuchsstandort des Landes ...

Hinter den Kulissen der Forschungsfelder: Das Beispiel AgroBioTechnikum

Wer von Rostock aus nach Osten auf der hier schnurgerade verlaufenden B 110 fährt, passiert einige Kilometer nach Broderstorf, dem Verwaltungssitz des Amtes Carbak, ein kleines Waldstück. Danach weitet sich die Landschaft und landwirtschaftliche Flächen werden sichtbar, auf denen Pflanzenzüchtung Tradition hat. Hier wird seit langem vor allem an Kartoffeln geforscht. Bedeutende Saatgutkonzerne für diese Pflanze, wie Norika, und eine Saatgutbank für Kartoffeln siedeln hier. Just in diesem empfindlichen Raum entstand das zur Zeit größte Freiland-Forschungszentrum für Agrobiotechnologie – mit der Hauptpflanze Kartoffel. Warum sich Saatgutbank und -firmen nicht energisch wehrten, blieb über die Jahre immer recht unklar. Die erkennbaren Verflechtungen mit der Gentechnikbranche lassen aber nur trübe Gedanken aufkommen. Norika



Oben: Auszug aus dem Titel einer Studie des Nabu zu den notwendigen Zielen von Agrarforschung.

Foto links: Symbolische Verknüpfung? Das Klohäuschen der BewacherInnen steht im Schatten des Werbeschildes am wichtigsten deutschen Forschungszentrum für die Agrotechnik nahe Rostock.

Aktuelle Informationen, Links und mehr Zitate auf der Internetseite zu Forschung unter www.biotech-seilschaften.de/vul

i

Annette Schavan am 20. Juli 2007 in Ehingen: „Es darf doch in Deutschland nicht so weit kommen, dass man einem Landwirt mehr glaubt als einem Forscher.“

AgroBioTechnikum
Groß Lüsewitz

Fußnoten

- 1 Kommunikationskonzept der Landesregierung Sachsen-Anhalt, Entwurf 4.2.2004: www.saveourseeds.org/downloads/erprobungsanbau_kommunikation.pdf
- 2 <http://boelw.de/pm+M53229ccc2df.html>
- 3 www.lobbywatch.org/archive2.asp?arcid=7937

In diesem Kapitel:

- ▶ Am Beispiel: AgroBioTechnikum
- ▶ Warum wird gesät?
- ▶ Forschung schafft PR & Macht
- ▶ Universitäten
- ▶ Sicherheitsforschung

Beschwerden können sich die Firmen und ForscherInnen der Agro-Gentechnik eigentlich nicht. Obwohl kaum jemand ihre „Erfindungen“ will, müssen sie nicht darben. Im Gegenteil: Fast alle wollen, dass sie aufhören mit ihren riskanten Experimenten. Im Wahlkampf äußern sich die meisten Parteien – WählerInnenstimmen erschleimend – kritisch zur als Wissenschaft getarnten Entwicklung neuer Produkte und Patente. Sie fordern scheinbar nur eine gerechte Verteilung: „Es darf nie darum gehen, eine Anbauform zu bevorzugen. Alle Anbausysteme müssen ein gleichberechtigtes Existenzrecht haben.“¹ Die Praxis gentechnikfreundlicher Regierungspolitik sieht dann anders aus. Die Agro-Gentechnik wird völlig einseitig mit staatlichen Geldern aufgepöppelt. Ein Vergleich aus dem Jahr 2008 zeigte das sehr deutlich: 7 Mio. € erhielten damals Forschungsprojekte zum ökologischen Landbau, während 165 Mio. € allein aus dem Forschungsministerium in die Biotechnologie flossen. Gelder des Landwirtschaftsministeriums, u.a. aus dem Programm zur Energiepflanzenforschung (Biosprit vom Acker), und aus nichtstaatlichen Förderungen waren hierbei noch gar nicht mitgerechnet. Diese Geldmittelvergabe zeigt, wie einseitig auf die Gentechnik gesetzt wird. Millionen treiben den Umbau der Landwirtschaft zur industriellen Lebensmittelproduktion weiter voran. Gleichzeitig schmieren sie den Wandel universitärer Forschung. Agrarwissenschaftliche und Biologie-Fakultäten sind an den meisten Hochschulen zu reinen Biotechnologie-Laboratorien und Public-Relations(PR)-Agenturen verkommen. Eine selbstbestimmte und umweltverträgliche Bewirtschaftung von Äckern, Wiesen und Weiden rückt so immer mehr in das Reich profitkritischer Romantik.

Foto: Das AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz mit den Bürotrakten und Eingangsbereich im Vordergrund. Hinten rechts liegen die Labore und Gewächshäuser.
Kleines Bild: Sektlaune zum Start mit Inge Broer und Till Backhaus.



zeigte gleichzeitig seine Angst vor den GentechnikgegnerInnen offen. Auf Schildern am Ackerrand wies das Unternehmen darauf hin, seine Pflanzen nicht gentechnisch verändert zu haben, damit FeldbefreierInnen nicht versehentlich das falsche Gelände attackieren. Ganz unverdient wäre das aber auch nicht, denn Norika sitzt genauso wie andere Kartoffelzüchter am Ort selbst in den Gremien der Einrichtung, die die Gentechnik nach Groß Lüsewitz brachte: Das AgroBioTechnikum.

Es ist das zweite deutsche Zentrum für Firmengründungen in der Agro-

Gentechnik, ein sogenannter BioPark. Älter ist nur das Firmenensemble am IPK in Gatersleben. Beide entstanden in direkter Nachbarschaft zu anderen Pflanzenzüchtern und einer Saatgutbank – das schlechte Beispiel machte also Karriere, als östlich von Rostock gv-Pflanzen direkt neben der dortigen Kartoffel-Saatgutbank in die Erde kamen. Besonderes Interesse an der Gründung des AgroBioTechnikum, erbaut 2004 und 2005 im Dorf Groß Lüsewitz, hatte ein befreundetes Tandem aus einer Agrobiotechnologie-Professorin der Uni Rostock und einer sich mit ihrer selbstgegründeten Kleinfirma BioMath GmbH durchschlagenden Mathematikerin: Inge Broer und Kerstin Schmidt. Sie gründeten 1999 einen gemeinnützigen Verein mit klangvollem Namen: „**Verein zur Förderung innovativer und nachhaltiger Agrobiotechnologie**“, abgekürzt FINAB e.V. Der stieß eine Kampagne für die Errichtung eines Agro-Gentechnikzentrums in Mecklenburg-Vorpommern an und fand Befürworter in der rot-roten (!) Landesregierung – allen voran den immer nach PR-Effekten suchenden SPD-Landwirtschaftsminister Till Backhaus. Diese „**fruchtbare und vertrauensvolle Kooperation zwischen unterschiedlichen Ministerien, Forschungseinrichtungen und Agrarbetrieben**“ war der Schlüssel zum Erfolg – so jedenfalls umschrieb der Agro-Gentechnikpropagandist Thomas Deichmann das enge Geflecht.⁴

Dass alles dem Firmenaufbau und der Propaganda diene, räumten die InitiatorInnen des AgroBioTechnikums freimütig ein. Auf der Internetseite www.finab.de des Vereins, der bis heute von Prof. Inge Broer geleitet wird, während Schatzmeisterin Kerstin Schmidt 2008 aus dem Vorstand

ausschied, hieß es über einen Rapsversuch der Anfangsjahre 2004 bis 2006: „**Diese Freisetzung dient einerseits der Etablierung von notwendigem Know-how für die Beantragung und Durchführung von Freisetzung am Standort Groß Lüsewitz, andererseits als politisches Signal und Präsentation des Dienstleistungsangebotes im AgroBioTechnikum. Gemeinsam mit der Universität Rostock wird an der Etablierung von Analyseverfahren zur Identifizierung und Quantifizierung von gentechnisch veränderten Pflanzen gearbeitet. Diese Verfahren sollen als Standarddienstleistungen im Zentrum angeboten werden.**“ Im Klartext: Ein wissenschaftliches Ziel bestand gar nicht. Trotz dieser offen eingeräumten Ausrichtung auf Firmengründung und Werbezwecke brachte der Versuch eine hohe Förderung durch das Wirtschaftsministerium von Mecklenburg-Vorpommern ein, nämlich 80% Förderung bei einem Gesamtvolumen von 628.198 €. Weitere Gelder flossen aus dem Biosicherheitsprogramm. Mit solch hoher staatlicher Subventionierung starteten die ersten Versuchsanlagen – bei hohem Risiko, denn der zu Beginn angebaute Raps ist die auskreuzungs- und durchwuchsintensivste Art unter den bisher freigesetzten transgenen Pflanzen. Wo sie angebaut wurde, lassen sich meist bis heute gv-Bestandteile in der Landschaft nachweisen.

Dass in und um Groß Lüsewitz ein neuer, gut geförderter und bewachter Spielplatz für Gentechnikexperimente entstand, interessierte weitere ProtagonistInnen dieser Branche. Joachim Schiemann vom staatlichen JKI klopfte an, dem bei einem Freisetzungsexperimente gerade die Versuchsführung entzogen worden war – wegen Interessenskollision, da er gleichzeitig als unabhängiger Begutachter in Genehmigungsverfahren mitwirkte. Schiemann engagierte sich als Gründungsmitglied am Aufbau von FINAB und des Agro BioTechnikums. Ein Schelm, der Böses dabei denkt, dass der ihm entzogene Versuch dann dort weiter betrieben wurde.

Schiemann war insgesamt ein nützlicher Partner im Geflecht von Groß Lüsewitz. Denn dass er in seiner Behörde seit 2005 selbst an Versuchen mitwirkte¹⁴, dieses Julius-Kühn-Institut als Teil des in AgroBioTechnikum wichtigsten Firmenverbundes BioOK gelistet wurde und Schiemann persönlich zuständig war für die JKI-Stellungnahmen bei Genehmigungen von Feldversuchen, war ebenso praktisch wie Sitz und Stimme, die er damals in der passenden Arbeitsgruppe bei der europäischen Genehmigungsbehörde EFSA innehatte.

*Auf www.finab.de zu den Zielen des AgroBioTechnikums
In seinem Gesamtkonzept bildet das Kompetenz- und Gründerzentrum eine Einheit, die durch das synergetische Zusammenwirken der einzelnen Einheiten geprägt ist:*

- ▶ *Es ist eine Einrichtung zum Transfer wissenschaftlicher Forschung in wirtschaftliche Tätigkeit, in der mit Hilfe der grünen Biotechnologie neue Verfahren, beginnend bei der Züchtung über die Landwirtschaft und Verarbeitung bis hin zum Verbraucherschutz, erforscht und entwickelt werden sollen (FINAB e.V.).*
- ▶ *Es nutzt als Dienstleistungseinrichtung diese Verfahren im Auftrag anderer Wirtschaftspartner (bioaktiv GmbH).*
- ▶ *Es stellt mit dem Technikum europaweit dringend benötigte Kapazitäten zur Verfügung, um die effektive Isolierung wertvoller Inhaltsstoffe gentechnisch oder züchterisch veränderter Organismen in mittlerem Maßstab zu entwickeln und durchzuführen.*

⁴ Das AgroBioTechnikum mit seinen Gentechnik-Seilschaften und Freisetzungsvorhaben fällt in die zweite Phase von Genversuchsfeldern. Schon Mitte der 90er-Jahre führten Firmen wie AgrEvo und Aventis Kartoffelversuche durch. Deren Gentechniksparte ist inzwischen von Bayer übernommen worden. Die Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (BAZ) (heute: JKI) in Quedlinburg arbeitete mit Raps und Mais.
Zitat aus Thomas Deichmann (2009): „Warum Angst vor Grüner Gentechnik?“ (S. 78 ff.)

- ▶ Gleichzeitig bietet es als Gründerzentrum Raum und Unterstützung für die Ausgründung junger Unternehmen um eine effiziente Überführung innovativer Entwicklungen in die Praxis zu gewährleisten (BVC mbH).
- ▶ Es ist eine Einrichtung zur Verknüpfung von Kompetenzen im Bereich der grünen Biotechnologie und zu anderen Bereichen der Biotechnologie durch FINAB und BioCon Valley.

Für die Gewährleistung der Erreichung der Ziele sorgt ein Beirat aus Landwirtschaftsministerium und Wirtschaftsministerium MV, der Gemeinde Sanitz, dem Betreiber und dem Verein FINAB.

Zur Geschichte auf www.finab.de

Der gemeinnützige Verein FINAB e.V. wurde 1999 mit dem Ziel der Förderung der Agrobiotechnologie in MV gegründet. Wichtiger Meilenstein hierfür war die Errichtung eines Kompetenz- und Gründerzentrums für Agrobiotechnologie. Das AgroBioTechnikum Groß Lüsewitz konnte im November 2004 eröffnet werden. Zeitnah gründete FINAB Ende 2003 seine 100%ige Tochterfirma biovativ GmbH, die am 01.07.2004 ihre Geschäftstätigkeit aufnahm. FINAB und biovativ nutzen seit Beginn 2005 das AgroBioTechnikum für ihre Forschungs- bzw. Dienstleistungstätigkeiten.

Thomas Deichmann (2009): „Warum Angst vor Grüner Gentechnik?“ (S. 78 ff.)

... Bundesland Mecklenburg Vorpommern, dessen sozialdemokratischer Landwirtschaftsminister Till Backhaus die Grüne Gentechnik ebenfalls fördert ... Sein Ministerium misst den Aktivitäten von FINAB e.V. große Bedeutung zu. Der Verein wurde im April 1999 gegründet mit dem Ziel, die agrarwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte im traditionell landwirtschaftlich orientierten Nordosten Deutschlands zu vernetzen und die Tier und Pflanzenzucht im Sinne einer naturschonenden Landwirtschaft in Mecklenburg Vorpommern zu entwickeln. Dabei werden alle verfügbaren Technologien, von der Grünen Gentechnik bis hin zum ökologischen Landbau, vorurteilsfrei einbezogen und das im Westen der Republik politisch heiß diskutierte Konzept der gleichberechtigten Koexistenz verschiedener Anbausysteme in die Praxis umgesetzt. Augenfällig ist auch in Mecklenburg-Vorpommern die fruchtbare und vertrauensvolle Kooperation zwischen unterschiedlichen Ministerien, Forschungseinrichtungen und Agrarbetrieben, was maßgeblich auf das unermüdliche Engagement zweier Frauen zurückgeht: der FINAB Vorsitzenden Inge Broer, Agrarkologin an der Universität Rostock, und einer ihrer Stellvertreterinnen, Kerstin Schmidt von der BioMath GmbH in Rostock.

Aus der Studie „Kontrolle oder Kollaboration?“^{4,5}

Ingesamt scheint in Groß Lüsewitz/Sanitz ein günstiges Klima für die Freisetzung von gv-Pflanzen zu herrschen: Seit 2003 fanden hier auch Freisetzungen von gv-Raps durch die Bundesforschungsanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen Quedlingburg (jetzt Teil des JKI), von gv-Kartoffeln durch BASF und von herbizid-tolerantem Mais durch Monsanto statt. Die Firma biovativ wiederum wurde 2003 als 100%ige Tochter des Vereins FINAB gegründet, mit der Aufgabe das Gewächshaus und die Äcker des von FINAB initiierten AgroBioTechnikum zu betreuen. Wie bereits festgestellt, ist Kerstin Schmidt die Geschäftsführerin von biovativ. Laut Handelsregister hat die biovativ GmbH nur einen Mitarbeiter. Da Kerstin Schmidt gleichzeitig auch Geschäftsführerin von BioMath und BioOK und im Vorstand von FINAB e.V. ist – und all diese Betriebe und der Verein unter der gleichen Adresse und teilweise unter der gleichen Telefonnummer zu erreichen sind –, drängt sich der Verdacht auf, dass es sich hier gar nicht um separate Einheiten handelt, sondern das Konglomerat von Firmen eher dazu dient, die kommerziellen Interessen im Umfeld des Vereins FINAB möglichst undurchsichtig zu gestalten. ...

Mit Kenntnis dieses – zugegebenermaßen komplizierten – Netzwerkes um die Firmen BioOK, biovativ und Biomath, um den Verein FINAB und der

Tatsache, dass ausgerechnet Joachim Schiemann (Leiter der BBA-Abteilung Gentechnik und Biologische Sicherheit und EFSA-Mitglied) 1999 zu den Gründungsmitgliedern von FINAB gehört – erscheint die Art und Weise, wie der Fragebogen für die Firma Monsanto entwickelt wurde, etwas nachvollziehbarer. ...

Aus Umweltinstitut München, „Gentechnik-Verflechtungen in Mecklenburg-Vorpommern“

Der Verein FINAB ist ein wichtiges Element des Gentechnik-Netzwerks in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Blick in die Mitgliederliste des Vereins zeigt deutlich die Verquickung zwischen Wissenschaft, staatlichen Einrichtungen und Industrie. ...

Ziel des Bündnisses BioOK ist es, führender Dienstleister für die Prüfung und Zulassung von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen in Europa zu werden. Gefördert wird das Projekt BioOK vom Bundesforschungsministerium mit über vier Millionen Euro. Frau Prof. Broer ist sowohl Gesellschafterin von BioOK als auch Gesellschaftervorsitzende der biovativ GmbH, dem kommerziellen Arm des Vereins FINAB, dessen Vorsitzende wiederum Prof. Broer ist. ... Länderübergreifend, aber ebenfalls an die selben Personen gebunden ist auch ein für 2008 bis 2010 geplanter Freisetzungsvorhaben mit genmanipuliertem Weizen (siehe dazu www.umweltinstitut.org/genweizen2008). Als Projektleiterin wird im Antrag der Universität Rostock Frau Prof. Broer genannt. An der Freisetzung ist offenbar wiederum die FINAB-Tochter biovativ GmbH beteiligt. Rätselhaft ist dies insbesondere, als biovativ im Antrag der Universität überhaupt nicht genannt wird. Die biovativ GmbH ist das kommerzielle Tochterunternehmen des Gentechnik-Lobbyvereins FINAB. Vorsitzende des Vereins: Frau Prof. Broer, die auch als Gesellschafterin von biovativ fungiert. Allem Anschein dienen auch hier Projektgelder dafür, die eigene Firma mit Aufträgen zu bedienen. ...



Fotos: Umkämpftes AgroBioTechnikum. Polizei sichert das Gebäude, während GentechnikkritikerInnen eine Ausstellung entlang der Straße aufgehängt haben (Frühjahr 2007 nach einem gescheiterten Besetzungsversuch der Felder).

Schaubild zu den Verflechtungen von BioOK im deutschen Gentechnikfilz² auf Seite 19.

Antje Lorch und Christoph Then vermuten in ihrer Studie zum Gentechnikfilz intransparente Geldflüsse im Lüsewitz-Rostocker Geflecht:⁷ „Die Firma biovativ wiederum wurde 2003 als 100%ige Tochter des Vereins FINAB gegründet mit der Aufgabe, das Gewächshaus und die Äcker des von FINAB initiierten AgroBioTechnikum zu betreuen. Wie bereits festgestellt, ist Kerstin Schmidt die Geschäftsführerin von biovativ. Laut Handelsregister hat die biovativ GmbH nur einen Mitarbeiter. Da Kerstin Schmidt gleichzeitig auch Geschäftsführerin von BioMath und BioOK und im Vorstand von FINAB e.V. ist – und all diese Betriebe und der Verein unter der gleichen Adresse und teilweise unter der gleichen Telefonnummer zu erreichen sind – drängt sich der Verdacht auf, dass es sich hier gar nicht um separate Einheiten handelt, sondern das Konglomerat von Firmen eher dazu dient, die kommerziellen Interessen im Umfeld des Vereins FINAB möglichst undurchsichtig zu gestalten.“

Wenig seriös wirkt die fachliche Qualifikation der Hauptperson: Kerstin Schmidt ist als Mathematikerin Drahtzieherin beim Aufbau der Infrastruktur und in der Durchführung von Versuchen an den zwei wichtigsten Frei-

5 siehe Fußnote (S. 27 f.)

6 Schaubild aus der Studie von Then/Lorch (S. 32)

7 Lorch/Then, S. 27

setzungsstandorten deutscher Gentechnik – dem AgroBioTechnikum und der BioTechFarm in Üplingen.⁸ Für Letztere registrierte sie am 28.3.2007 die Internetadresse und arbeitet seit April 2008 als Geschäftsführerin Seite an Seite mit der einflussreichen Gentechnlobby Sachsen-Anhalts um den FDP-Politiker und InnoPlanta-Chef Uwe Schrader.

Nicht wirtschaftlicher Erfolg, sondern Förderungen aus staatlicher Hand ermöglichten den Aufbau des AgroBioTechnikums. Die Gesamthöhe der öffentlichen Zuschüsse für die Errichtung der Gebäude und Infrastruktur betrug 9,1 Mio. Euro,⁹ die meisten Mittel stellte das Land Mecklenburg-Vorpommern. Wie gut müssen dorthin die Kontakte gewesen sein, um 2.103.459 € aus dem Topf „**Zukunft für die Jugend in MV**“ für Forschungsgewächshaus und Mehrzweckhalle umzuleiten?

Sammeltzuschüsse für BioOK, Aufschlüsselung nach Firmen siehe S. 20.¹⁴

BfDE:05/176	BMBF	Regionale Wachstumskern BioOK „Entwicklung von Zulassungs- und Überwachungsverfahren für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen“ (*)	1.4.2005-30.6.2008	Summe: 4 385 000	Sanität GmbH, Sanitz
			2005: 907 000		BIOSEIRV GmbH, Rostock
			2006: 1 253 000		Universität Rostock
			2007: 1 219 000		Primacyt GmbH, Schwerin
			2008: 925 000		BioMath GmbH, Rostock
			2009: 41 000		BTL GmbH, Thulendorf
					StarchBio-Transferzentrum B.M.J. Quedlinburg

8 Seiten der Betreiber: www.biotechfarm.de und www.schaugarten-ueplingen.de. Kritik: www.biogeldfarm.de.vu.

9 www.mvregio.de/nachrichten_region/mittleres_mecklenburg/35556.html

10 2005-08 erhielten Broer bzw. die Uni Rostock 1.876.490 € (Projekt-)Finanzierung durch das BMBF als Partner im BioOK-Verbund (Lorch/Then, S. 42).

11 www.gentechnikfreie-regionen.de/no_cache/aktuell/nachrichten/news/leere-labore.html

12 www.landtag-mv.de/dokumentenarchiv/drucksachen/5_Wahlperiode/D05-1000/Dr05-1673.pdf (Hinweis: Die Anfrage stammte von NPD, die keine emanzipatorische Gentechnikkritik vertritt. Im folgenden wird aus der Antwort der Landesregierung zitiert, also nicht aus dem Text der NPD.)

13 Siehe unter www.volksstimme.de

14 Bundestagsdrucksache 16/6208 (S. 3 f.): www.projektwerkstatt.de/gen/filz/gv_forschungsgelder_drsl606208.pdf

15 www.agrar-fischerei-zahlungen.de

16 www.mvregio.de/nachrichten_region/mittleres_mecklenburg/35556.html

17 Am 13.10.2007, siehe http://agrarheute.com/index.php?redid=189050

18 http://de.wikipedia.org/wiki/Wiederaufarbeitungsanlage_Wackersdorf

Zusätzlich flossen laufende Zuschüsse. Das AgroBioTechnikum

nutzten mehrere Firmen, einige davon allerdings mit dem gleichen Personal. Kerstin Schmidt ist immer dabei: Sie ist Geschäftsführerin der biovativ und der BioMath GmbH, die Dienstleistungen für andere anbieten. Bis 2008 fungierte sie als Schatzmeisterin beim Verein FINAB, der lange als Antragsteller und politisches Sprachrohr diente. Und sie ist Geschäftsführerin beim regionalen Zusammenschluss von Firmen und Instituten der Agro-Gentechnik namens BioOK. Von 2005 bis 2008 wurde dieser Verbund durch das BMBF mit 4,383 Mio. € gefördert, um „**neue, effektivere und kostengünstigere Analyse- und Bewertungsverfahren**“ zu entwickeln. Allein Inge Broer und die Uni Rostock erhielten mit 1.876.490 € ein großes Tortenstück dieses Förderkuchens.¹⁰

Aus „Leere Labore“ im Spiegel, 6.10.2008¹¹
2004 ging es dann auch in Mecklenburg-Vorpommern los – der Lobbyverein „zur Förderung innovativer und nachhaltiger Agrobiotechnologie“ (Finab), dem Broer vorsitzt, hatte immer wieder angetrieben. Für zehn Millionen Euro wurde in Groß Lüsewitz östlich von Rostock ein Agrobiotechnikum gebaut – mit einem Schülerlabor für Gentechnik. 260 Hektar Fläche gehören zum Groß Lüsewitzer Anwesen.

Aus der Landtagsdrucksache 06/1673 vom 11.8.2008¹²
Eine finanzielle Unterstützung durch die Landesregierung erfolgte im Rahmen der Errichtung des Kompetenz- und Gründerzentrums für biogene Ressourcen Groß Lüsewitz (jetzt AgroBioTechnikum). Die Errichtung des Teilobjektes Gründerzentrum wurde im Jahr 2002 mit einer Zuweisung an die Gemeinde Sanitz aus Kapitel 1102 Titel 883.08 des Landeshaushaltsplanes 2002/2003 in einer Höhe von 604.568 € unterstützt.

Aus dem Fonds „Zukunft für die Jugend in MV“, Kapitel 0802 Titel 883.07, wurden für das Teilprojekt Kompetenzzentrum (Forschungsgewächshaus und Mehrzweckhalle) in den Jahren 2002 – 2004 insgesamt 2.103.459 € bewilligt und ausgezahlt.

Auf der Grundlage der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wurden die Vorhaben „Planungsleistungen Gründerzentrum für biogene Ressourcen Groß Lüsewitz“ im Jahr 2001 mit 21.533 € und „Kompetenz- und Gründerzentrum Groß Lüsewitz“ im Jahr 2002 mit 5.189.200 € gefördert. Der Landesregierung ist darüber hinaus bekannt, dass durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Errichtung des Kompetenz- und Gründerzentrums dem Verein zur Förderung innovativer und nachhaltiger Agrobiotechnologie (FINAB

e.V.) im Jahr 2001 983.498,01 € zur Anschaffung von Geräten bewilligt und ausgezahlt wurden, die jetzt im AgroBioTechnikum genutzt werden.

Aus einem Interview mit Inge Broer, in: Volksstimme am 4.8.2009¹³
Volksstimme: Was haben Ihre Kartoffelversuche bisher gekostet und wer bezahlt sie?

Broer: In die Entwicklung der Biopolymer-Kartoffel zur Biopolymerproduktion sind bisher etwa zwei Millionen Euro geflossen. Für die beiden anderen Linien waren es jeweils geringere Beträge. Die Gelder kamen zum größten Teil vom Bundesforschungsministerium, außerdem vom Bundesministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Neben diesen Steuergeldern fließen Mittel der Gentechnikkonzerne nach Groß Lüsewitz. Die BASF engagierte sich auch direkt und schützte 2009 die Versuchsfelder durch eine beauftragte Wachfirma. Deren Bedienstete verwiesen bei Nachfrage auf die Firma BASF als Auftraggeber und verteilten deren Propaganda. Und noch eine Finanzquelle sponsort das El Dorado für Gentechnikfirmen und Fördermittelempfang: Obwohl es sich wohl kaum um einen landwirtschaftlichen Betrieb handelt, kassiert die FINAB-Tochter biovativ 74.166.46 € an Flächenprämien, also als allgemeine Agrarförderung.

Zahlungsempfänger	PLZ	Ort	Jahr	EGFL-Dir.*	EGFL-Sonst.*	ELER*	Gesamt*
biovativ - Gesellscha ...	18190	Sanitz	2008	74.166,46	0,00	0,00	74.166,46

Aus dem Register der Agrarsubventionen für 2008¹⁵

Geld ist das Hauptmotiv für die Aktivitäten am AgroBioTechnikum: „**Im Moment ist es hauptsächlich Forschung in der Gentechnik, weil es dafür Geld gibt**“, räumte Inge Broer 2006 im WDR freimütig ein. Minister Backhaus nannte weitere Gründe:¹⁶ „**Gute Ergebnisse in diesem Bereich sind für die Landesregierung und für mich als Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz die besten Argumente sowohl gegenüber dem Bund als auch innerhalb des Landes, mich für den Erhalt der Agrarwissenschaften in der Universität Rostock, aber auch ganz aktuell für den Erhalt zumindest eines Teils der Bundesforschungsanstalt hier in Groß Lüsewitz einzusetzen.**“

Broer, Schmidt und Umfeld träumten seit 2007 von einer großen europäischen Agentur für Biotechnologie, die der Region um Rostock den Glanz eines global bedeutenden Forschungsstandortes verleihen soll. Ebenso auch Minister Backhaus:¹⁷ „**Der Wachstumskern „BioOK“ soll sich in der Küstenregion Rostock-Schwerin – insbesondere um das AgroBioTechnikum Groß Lüsewitz – als ein europäisches Kompetenzzentrum für die Analyse, Bewertung und Überwachung von agrobiotechnologischen Produkten und Verfahren etablieren**“. Was und wer sich hinter BioOK genauer verbirgt ist, klärt das Kapitel II zu Agro-Gentechnikfirmen auf.

Das Wohl der Menschen vor Ort spielt in den abenteuerlichen und teuren Phantasien des Standortpokers keine Rolle. Ganz im Gegenteil: So einige Bemerkungen weckten Erinnerungen an den autoritären Bayernführer Franz-Josef Strauß, der vor vielen Jahren eine atomare Wiederaufbereitungsanlage¹⁸ in Wackersdorf für durchsetzbar hielt, weil „**der Standort Wackersdorf in einem Raum mit industriegewohnter Bevölkerung liegt**“. In einer Regierungsbroschüre zur „BioRegion“ im Nordosten wird

ähnlich argumentiert und das ablehnende Votum der Gemeinde Thulendorf schlicht übergangen mit der Behauptung: „**Die Bürger Mecklenburg-Vorpommern stehen den wachsenden Chancen und neuen Entwicklungen äußerst offen gegenüber.**“ Dass in den Aufsichtsbehörde geschummelt wird und die durchwinkenden Beamten mit der Industrie verfilzt sind, mutiert zum Standortvorteil für Mecklenburg-Vorpommern: „**Deshalb sind die Genehmigungsverfahren nach dem Gentechnikgesetz äußerst kurz.**“

Aus „Gen-Pflanzen: Forscher lassen die Proteste kalt“, in: Ostseezeitung, 24.4.2010¹⁹

Die Kritik an Gentechnik auf Äckern in Mecklenburg-Vorpommern wird schärfer – die Universität Rostock will aber trotzdem auch in diesem Jahr wieder Freisetzung-Versuche starten. Nach Angaben des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit wurden den Rostocker Genforschern Genehmigungen für den Anbau von genveränderten Kartoffeln, Weizen und Petunien erteilt. ...

2009 erwärmte sich auch Bundesforschungsministerin Annette Schavan für den Größenwahn an Uni Rostock und AgroBioTechnikum:²⁰ „**In Groß Lüsewitz bei Rostock arbeitet eine Arbeitsgemeinschaft von Wissenschaftlern und regionalen Unternehmen in dem Projektverbund BioOK an der Standardisierung von Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen und könnte dabei auf dem Gebiet der Sicherheitsforschung zum Weltmarktführer avancieren. ... Die beiden Alpha-Frauen Schawan und Broer tragen somit entscheidend dazu bei, dem strukturschwachen Agrarland Mecklenburg-Vorpommern eine neue Perspektive als Forschungsstandort zu verschaffen.**“ BioOK wurde in den ersten Jahren vom BMBF zu 75% gefördert, die Folgefinanzierung betrug 50% der Kosten.

Die großen Summen an Fördergeldern für die Firmengeflechte mögen für Propaganda, beteiligte Personen und ‚klamme‘ Uni-Institute nützlich gewesen sein. Dem geldfressenden AgroBioTechnikum selbst reichten sie nicht. Schon drei Jahre nach dem Start geriet es in eine wirtschaftliche Schiefelage. Ein Großteil der Labore und Büroflächen stand 2008 leer.²¹ Der Träger BioCon Valley zog sich aus Groß Lüsewitz zurück. Daraufhin übernahm die vom Land Mecklenburg-Vorpommern getragene Landgesellschaft MV die Trägerschaft. Erneut sprang also der Staat der bei den meisten Menschen unerwünschten Gentechnik zur Seite, die sich nun auch finanziell zum Fass ohne Boden wandelte.²¹ Wirkung hinterließen die Förderungen nur bei der Ausbreitung der gv-Pflanzen in der Natur und im kleinen Geflecht der Firmen von Kerstin Schmidt, während für die Region kaum Impulse in Form dauerhafter Investitionen oder Arbeitsplätze herausprangen.

Parallel stieg der Druck von AktivistInnen, Umweltgruppen, AnwohnerInnen und den politischen Gremien aus der Nachbargemeinde Thulendorf, auf deren Gebiet die meisten der Versuchsfelder lagen. Der dortige Gemeinderat sprach früh mehrheitlich und ab 2009 sogar einstimmig gegen die Versuchsfelder und für die Kündigung des Pachtvertrages seiner Flächen aus, die im Gesamtgelände lagen. AnwohnerInnen beteiligten sich zunehmend an Protesten gegen die Freisetzungen, die bis an die Gärten des Ortes Sagerheide heranreichten. Lange Zeit unterstützte der mecklenburg-vorpommersche SPD-Landwirtschaftsminister Backhaus

auf das von ihm unterstützte AgroBioTechnikum, ruderte aber ab 2010 unter dem Eindruck der Proteste Stück für Stück zurück. Die wirtschaftlichen und politischen Probleme der Gentechnik-Seilschaften sind inzwischen trotz Steuergeldern, jährlicher Flächenprämie und anlagensichernder Polizeitruppen groß. Gelder versickern offenbar in den dubiosen Firmengeflechten, während sich die Standorte kaum lange halten können. Doch Broer und Schmidt baden ihre Hände in Unschuld:²² „**Den Vorwurf einer Interessenkollision weisen beide von sich. Bei der EFSA hätten sie nur beratende Funktion. Sicher profitieren sie von Förderung, so Kerstin Schmidt. „Aber daraus habe ich in den letzten drei Jahren mehr als 20 Arbeitsplätze geschaffen.“ Inge Broer sagt, die entstandenen Netzwerke seien notwendig, aber „kein Filz“. Vom Forschungsministerium gebe es nur Geld, wenn die Industrie beteiligt sei.**“ Doch wer genauer hinschaut, bemerkt das Gegenteil. Selbst vor Ort funktioniert der Filz, denn die widerspenstige Gemeinde Thulendorf wird bei ihren Beschlüssen vom eigenen Verwaltungsamt Carbak ausgebremst. Deren Chef, Dr. Ernst Schmidt, befürwortet als SPD-Fraktionschef im Kreistag die Gentechnik. Nachdem das IPK in Gatersleben als Freisetzungsfeld verloren ging und der politische Druck auch am AgroBioTechnikum zunahm, wurde zwar der Firmenverbund BioOK zum neuen Stern am Himmel deutscher Gentechnik auserkoren. Andererseits fanden die Seilschaften einschließlich Kerstin Schmidt einen neuen Ort für ihre riskanten Freisetzungen: Das Stiftsgut Üplingen in der Magdeburger Börde beherbergte bereits 2009 mit neun Versuchen die größte Zahl an Feldern mit gv-Pflanzen.

Was wird geforscht?

Mais, Kartoffel, Petunie und mehr am AgroBioTechnikum

Was passiert mit all dem Geld? Neben dem Aufbau von Infrastruktur fließt es vor allem an die Versuchsdurchführenden. Waren die Felder anfangs noch auf verschiedene Äcker rund um Sagerheide und im nördlichen Gemarkungsgebiet von Lüsewitz verteilt, so wurden sie aus Sicherheitsgründen immer mehr auf eine große, bewachte Fläche zusammengelegt, bis ab 2010 alle Versuchsfelder am nordöstlichen Ortsrand des kleinen Dorfes Sagerheide lagen. Der Gemeinderat dort hatte sich zwar einstimmig gegen die Experimente ausgesprochen, aber die Meinung der Menschen vor Ort interessierte die Agro-GentechnikerInnen noch nie. So standen dort mehrere Felder mit sehr unterschiedlichen Pflanzen. „**In allen Fällen geht es um Sicherheits- und Begleitforschung**“, verkündete die Internetseite²⁴ der Betreiberfirma bioativ.

Das bedeutet dreierlei: Erstens geht es um richtig viel Geld, denn die Förderungen aus dem Biosicherheitsprogramm lagen pro Feld bei einigen Hunderttausend Euro. Da jedes Jahr mehrere Versuchspartellen auf dem Gelände liegen, kommt schon ein beachtlicher Jahresetat zusammen. Zweitens sind die Felder überwiegend schlicht Betrug bzw. Unterschlagung. Denn laut bioativ²⁵ sei bis auf eine Ausnahme „**bei keiner dieser Pflanzen daran gedacht, sie in den nächsten Jahren als Produkte auf den Markt zu bringen.**“ Genau das



Abb.: Haus in der Nachbarschaft des Feldes in Sagerheide.

19 www.ostsee-zeitung.de/nachrichten/brennpunkt/index_.../artikel_komplett.phtml?SID=486a632ea99e652e30751475112afcb0¶m=news&id=2754341

20 Mvregio am 20.5.2009 (www.mvregio.de/nachrichten_region/209298.html), falsche Schreibweise im Original.

21 Spiegel 41/2008 (S. 94)

22 Spiegel 41/2008 (S. 94)

23 Karte in Farbe unter www.projektwerkstatt.de/gen/felder/flurkarte_sagerheide.pdf

24 www.bioativ.de

25 www.bioativ.de



Abb.: Karte der Felder²³. Dunkle Farbe links der Ort Sagerheide, rechts Wald; hellgrau die Ackerflächen mit dem schraffierten Versuchsgelände.

Kerstin Schmidt ist ausgebildete Mathematikerin und kümmert sich vorrangig um das Geschäftliche – das aber gleich in mehreren Firmen gleichzeitig. Kerstin Schmidt ist Geschäftsführerin der Gentechnikfirmen biovativ, BioMath, des Gentechnik-Schaugartens BiotechFarm und des Firmenverbundes BioOK. Durch ihre Hände gehen Hunderttausende an Forschungsgeldern für die Gentechnik, die sie zwischen eigenen Firmen hin- und herschieben kann. Dass Gentechnik für sie vor allem eine Geldfrage ist, zeigte auch ihr Posten im Lobbyverein FINAB:

Sie war dort Schatzmeisterin.¹

Die öffentlichen Gelder kassierten ihre Firmen und Vereine für den Aufbau der Infrastruktur in Groß Lüsewitz und Üplingen sowie für die Durchführung gentechnischer Experimente. Gleichzeitig war Schmidt Mitglied in der BBA/JKI-Arbeitsgruppe „Anbaubegleitendes Monitoring“ und als Ad-hoc-Expertin für die EFSA in der PMEM-Workinggroup tätig, in der an Fragebögen zum Monitoring gearbeitet wurde. 2005 bis 2008 wirkte sie als Projektpartnerin und Kontaktperson für das BMBF-Projekt Anbaubegleitendes Monitoring (Teilprojekt 3).² Mit anderen Worten: Sie ist Gen-

technik-Durchführende und Kontrollleurin in einer Person. Zudem führen ihre Firmen Kontrolltätigkeiten bei Versuchen anderer durch – auch solcher, bei denen die personellen Verwicklungen eine unabhängige Prüfung unmöglich machen. Ort all dieser Aktivitäten war bisher das AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz. 2007 streckte Schmidt ihre Fühler nach Sachsen-Anhalt aus – zur BioTechFarm in Üplingen, deren Geschäftsführung sie seit April 2008 innehat.

Im Porträt: Kerstin Schmidt und Inge Broer

Das Personengeflecht am AgroBioTechnikum wird noch dichter mit Blick auf Schmidts Freundin Inge Broer. Die leitet als Professorin an der Uni Rostock den Lehrbetrieb zur Agrobiotechnologie und ist der inhaltliche und politische Kopf der Gentechnik-Seilschaften in Mecklenburg-Vorpommern. Sie sitzt auf dem formalen Führungsposten, während Kerstin Schmidt das Organisatorische und Finanzielle regelt. Auf Broers Initiative hin entstand der Verein FINAB¹, der unter dem Deckmantel innovativer und nachhaltiger Landwirtschaft den Ausbau der Gentechnik vorantreibt. In Groß Lüsewitz entstand das AgroBioTechnikum als Gründerzentrum speziell für Firmen der grünen Gentechnik. Millionen Fördermittel flossen in das Projekt – aber vor allem zu den Firmen der GründerInnen selbst. Den-

noch werden die Versuche meist von den Universitäten angemeldet, das spart hohe Gebühren. Als Organisatorin vor Ort aber agiert immer nur Kerstin Schmidt. Kunden ihrer Firmen waren Monsanto Agrar, Aventis CropScience, Pioneer Hi-Bred, Syngenta Seeds, KWS und die BBA (jetzt JKI).² FINAB gründete Tochterfirmen, an die viele der Gelder weitergeleitet werden oder die selbst Mittel erhalten. Der Weg zum Geld war und ist kurz: Broer sitzt in vielen der Gremien, die Förderungen vergeben oder die

Geldgeber beraten. Ebenso spielt sie in Genehmigungs- und Kontrollbehörden mit, d.h. sie ist Betreiberin, Geldgeberin, Lobbyistin und Kontrollstelle in einer Person. Und geschäftstüchtig: Sie wird als (Mit-) Erfinderin von neun Patenten auf Gene angeführt, von denen vier durch Bayer CropScience gehalten werden, drei durch die (Ex-) Hoechst AG, eins durch die Norddeutsche Pflanzenzucht und eins durch die Erfinderin selbst. Die Finanzierung eines Projektes von Joachim Schiemann (damals BBA), bei dem marktfreie gv-Pflanzen entwickelt wurden, stoppte das Landwirtschaftsministerium 2004, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Inge Broer schlug schnell zu und führte das Projekt in ihrer Regie weiter – im Rahmen von FINAB und dem AgroBioTechnikum. Joachim Schiemann war als Gründungsmitglied dabei.²

Die Ämter der Inge Broer (Auszüge aus dem Lebenslauf³)

- ▶ seit 1999 Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Umweltministeriums Meckl.-Vorp.
- ▶ seit 1999 Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Ministeriums für Landwirtschaft, Fischerei und Forsten MV
- ▶ seit 1999 Mitglied der Arbeitsgruppe „Anbaubegleitendes Monitoring“ der Biologischen Bundesanstalt Braunschweig
- ▶ seit 1999 Vorsitzende des Vereins zur Förderung Innovativer und Nachhaltiger Agrobiotechnologie (FINAB)
- ▶ seit 1999 Mitglied des Informationskreises Gentechnik des Bundesverbandes Deutscher Pflanzenszüchter
- ▶ seit 2000 Mitglied des Kuratoriums der KWS Saat AG
- ▶ seit 2001 Mitglied der Futur Fokusgruppe Agrarproduktion (BMBF)
- ▶ seit 2001 Mitglied und seit 2006 Vorstand im Forschungsverbund Mecklenburg Vorpommern (FMV)
- ▶ seit 2001 Leiterin der AG Agrobiotechnologie an der Universität Rostock/FB Agrarökologie

- ▶ seit 2002 Gutachterin für Biotechnologie der Deutschen Stiftung Umwelt
- ▶ seit 2002 Mitglied im scientific board des deutschen Pflanzengenomprojekts GABI
- ▶ seit 2003 Professor an der Agrar und Umweltwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock
- ▶ seit 2004 Leiterin der Ad hoc Arbeitsgruppe Gentechnik des Umweltministeriums MV
- ▶ seit 2004 Gesellschaftersitzende der biovativ GmbH
- ▶ seit 2004 Gesellschafterin der BioOK GmbH
- ▶ seit 2004 Sprecherin des Clusters „Pflanzen mit neuen Eigenschaften“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften
- ▶ seit 2005 Ad hoc Expertin der European Food Safety Authority (EFSA)
- ▶ 2009: Teilnehmerin am Runden Tisch im Forschungsministerium. Dort schlugen Broer und Schavan BioOK als global agierende One-Stop-Agency vor.

Fußnoten zum Kasten

- 1 Quelle: www.finab.de
- 2 lorch/Then, S. 27, 46 und 49
- 3 http://cpr.uni-rostock.de/file/cpr_derivate_00000001744/broer_inge_cv.pdf?hosts=local



Ich nutze transgen.de

» weil ich dann immer ausführlich und sachlich richtig informiert bin und die höchste Wahrscheinlichkeit habe, schnell eine aktuelle Antwort auf Fragen zur Grünen Gentechnik zu finden.

Findet TransGen auch Klasse: Inge Broer

Freisetzungsversuche der biovativ GmbH			
Jahr	Pflanzenart	Saatgutsorte bzw. Linie	Flächengröße
2005 - 2008	Kartoffel	transgene Linien EH 92-527-1, AM02-1008, 1010, 1017 und nicht gentechnisch veränderte Sorten Kurus, Seresta, Sibü	2005: 10.000 m ² 2006: 10.000 m ² 2007: 10.000 m ² 2008: 10.000 m ²
2006 - 2010	Kartoffel	transgene Kartoffellinien EH 92-527-1	2006: 10.000 m ² 2007: 10.000 m ² 2008: 10.000 m ²
2006 - 2007	Raps	transgene Rapslinien aus dem BMBF- Programm „NAPUS 2006 - Gesunde Lebensmittel aus transgener Rapsaat“ Ausgangsorten: Drakur, Lisa	2006: 480 m ² 2007: 480 m ²
2005 - 2006	Mais	transgene Maislinie NK603 x MON810	2005: 15.000 m ² 2006: 15.000 m ²
2006 - 2008	Kartoffel	transgene Kartoffellinien 3SSVP60SEK-6 und -17	2006: 832 m ² 2007: 832 m ² 2008: 832 m ²
2007	Kartoffel	transgene Stöckelkartoffellinien AM 04 1022, 1007 und 2045, EH 92-527-1, K 3706, 0069 und nicht gentechnisch veränderte Sorten KURAS, GASORE, BONANZA, SIBÜ, AGRIA, TOPAS, FONTANE, KUBA, SKAWA, CARA, VALOR	10.000 m ²
2007 - 2008	Mais	transgener Mais Zen mays L Ausgangsformante: NK603	2007: 9.720 m ² 2008: 10.000 m ²
2008	Zuckerrübe	transgene Linie Event HT-1	180 m ²

fordert die Förderrichtlinie des Programms aber: „**Freisetzungsbegleitende Untersuchungen sollen sich ausschließlich auf gentechnisch veränderte Pflanzen beziehen, deren Anwendung in Deutschland erwartet wird bzw. deren Freisetzung bereits erfolgt.**“ Drittens sind Sicherheitsversuche die riskantesten Felder in Deutschland. Die Begründung ist einfach: Hier werden besonders viele und weitgehend unerforschte Genkonstrukturen in die Umwelt ausgebracht. Für sie liegen meist keine Daten über ihre Wirkung in der freien Natur vor noch sind Nachweismethoden verfügbar. Während zum Bt-Mais MON810 inzwischen viele Studien vorliegen und ein einfacher Nachweis-Teststreifen für 5 € zu haben ist (was die Pflanze nicht ungefährlicher macht), laufen viele der Biosicherheitsversuche mit mehrfach veränderten Pflanzen. So standen auf den Versuchsfeldern am AgroBioTechnikum jedes Jahr mehrere Pflanzenarten mit sehr verschiedenen gentechnischen Veränderungen – z.B. 2010 über 500

veränderte, unterschiedliche Kartoffelsorten und -linien der Firma BASF. Sie verschwinden nach der Testserie meist wieder aus den Laboren. Die Entwicklung einer Nachweismethode lohnt daher nicht. Ob sie sich während oder nach der Freisetzungperiode draußen in die freie Natur hinausgemogelt und sich dort nun munter weiter verbreitet haben, wird daher unbekannt bleiben. Der LL601-Reis, der es von Versuchsstandorten in die Supermarktregale der ganzen Welt schaffte, wurde nur durch Zufall eines Tages entdeckt. Ob das eine oder andere Bier, das mensch trinkt, bereits die Konstrukte der Erlangen-Gießener-Gengerste enthält oder in irgendeinem Kartoffelsack ein Rostocker oder BASF-Konstrukt enthalten ist, werden wir voraussichtlich nie erfahren! Dass 2010 selbst auf BASF-Versuchsfeldern in Nordschweden die falsche Kartoffelsorte gefunden wurde, lässt aufhorchen: Wenn die Durchmischung schon beim Hersteller vorkommt, wo und wie soll sie dann beim Saatguthändler, in Maschinen und draußen auf den Äckern verhinderbar sein?

Jährlich stand also eine bunte Vielfalt von Versuchsfeldern in der Landschaft östlich von Rostock. Wie die Tabelle links¹⁴ der Freisetzungsversuche östlich von Rostock in den Jahren 2005 bis 2008 zeigt, war die Vielfalt der angebauten gv-Pflanzen hoch. Können eine Forscherin und ein

kleines Firmengeflecht an so vielen Pflanzen gleichzeitig forschen? Nun – zumindest tun sie es nicht. Die Felder stehen überwiegend unberührt herum. Aussaat und Ernte – das war's bei den meisten Feldern, wie Wachschatz und NachbarInnen übereinstimmend berichteten. Besucht werden sie höchstens von Wahlkampftouren der Gentechnikfans im Bundestag oder von Menschen, die geschickt und nächstens der Bewachung ein Schnippchen schlagen, um die Versuchsfelder von ihrer gentechnisch veränderten Pflanzendecke zu befreien. Wenn aber die WissenschaftlerInnen ihre Felder gar nicht beachten, gibt es diese Forschung denn überhaupt? Die Zweifel verstärken sich beim Versuch, Ergebnisse der Forschung herauszubekommen. Es ist nämlich übliche wissenschaftliche Praxis, Forschungsergebnisse in renommierten Fachzeitschriften zu veröffentlichen, um die Erkenntnisse zugänglich zu machen und einer kritischen Debatte zu unterwerfen. Um jedoch etwas zu Versuchsergebnissen bei Uni Rostock, FINAB & Co. zu finden, hilft kein Wühlen in Magazinen, Internet oder Bibliotheken: Es gibt nichts – außer dem für die Forschungsmittel erforderlichen Endbericht an die Mittelvergabeestelle. Die Sicherheitsforschung am AgroBioTechnikum ist Show und Betrug. Es gibt sie nicht. Warum aber stehen dann die Felder da? Das soll das folgende Kapitel klären – mit bedrückenden Erkenntnissen.

Umgang mit Kritik

„**Alles Lüge**“ sagte Inge Broer einem Nachbar der Versuchsfelder, der ihr die Broschüre „**Organisierte Unverantwortlichkeit**“ entgegenstreckte. Eine Feldbesetzung wurde 2009 geräumt, AktivistInnen mit gerichtlichen Verfügungen und Strafverfahren überzogen. Stramm an der Seite der Gentechnik-Seilschaften standen und stehen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte in Rostock. KritikerInnen werden drangsalieren, die FeldbetreiberInnen hingegen geschont. Auch Meinungsfreiheit scheinen die GentechnikerInnen nicht besonders zu schätzen. Ein kritischer Vortrag über Seilschaften an der Universität Rostock wurde verboten. An einen anderem Ort verlegt, besuchten ihn über 20 Studierende und Hauptamtliche der Uni-Agrarfakultät den Vortrag und versuchten, diesen durch ständiges Nachfragen und Pöbeln zu verhindern – was nicht gelang, aber den Ablauf um 1,5 Stunden verzögerte.²⁷ Der Versuchsleiter des Feldes mit zur Überwinterung eingegrabenen gv-Kartoffeln, Christoph Unger, bezeichnete Biolandwirte dort als „**Hobbybauern**“, StudentInnen mit abweichender Meinung mehrfach als „**dreimal dumm**“ und beleidigte schließlich den Referenten, bei ihm seinen wohl die „**Synapsen durchgebrannt**“. Schon zwei Tage vorher hatte eine kleinere Runde der gleichen Studierenden den Vortrag im Dorfgemeinschaftshaus Thulendorf mit gleichen Mitteln zu stören versucht. Die Methode hatten sie ein Jahr vorher schon erfolgreich angewandt bei einem Treffen von GentechnikgegnerInnen in Teschendorf.

Foto: Kurz vor dem Beginn – es kamen noch etliche mehr. Der Leiter des Überwinterungsversuchs sitzt in der Mitte hinter dem Beamer.



Dennoch könnte die Auseinandersetzung rund um Rostock zu einem interessanten Modellfall werden. Denn Vielfalt und Intensität der Proteste begannen schließlich, Wirkung zu zeigen. Im Verlauf des SPD-Parteitag 2010 „**wurden einige Änderungen an dem vom Parteivorstand eingebrachten Leit-antrag vorgenommen. ... Auch die Ablehnung des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen wurde eingefügt.**“ Die konkrete Formulierung richtete sich gegen alle, also auch Versuchsfelder.²⁸ Schließlich verzichtete sogar Landwirtschaftsminister Backhaus, der dieser Partei angehört, auf weitere Unterstützungserklärungen für das AgroBioTechnikum:²⁹ „**Für das Gesundheitsland MV, für diesen wichtigen Agrarstandort, brauchen wir die Gentechnik eigentlich nicht.**“

Warum gibt es die Versuchsfelder? Drei Gründe, warum Millionen Euro rein- und Millionen Pollen rausgehen

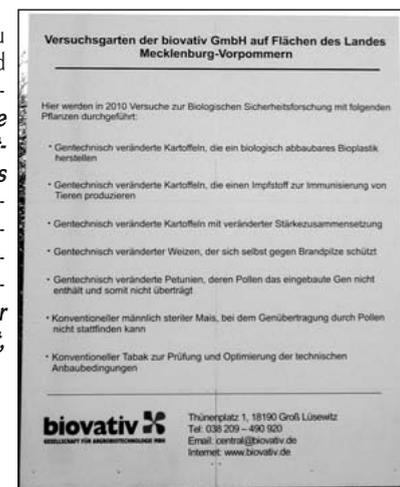
Nur auf dem bundeseigenen Versuchsfeld in Braunschweig entsprechen die beobachteten Handlungen von WissenschaftlerInnen zumindest teilweise den behaupteten Forschungszielen. Andernorts hingegen finden entweder andere Experimente statt, als im Genehmigungs- und Fördermittelantrag angegeben wurden. Oder, noch häufiger, die Felder liegen das ganze Jahre zwar bewacht, aber unbeachtet herum. Was sind die Motive, solche Felder anzulegen, die kaum jemand will und niemand braucht?

1. Felder anlegen oder Taxi fahren – ForscherInnen als Opportunisten des Geldes

Ein Motiv ist schon genannt: Geld. Aber es klingt noch ein wenig schöner, wenn es aus dem Mund der GentechnikerInnen selbst kommt. Broer wurde schon zitiert, dass sie mit gv-Pflanzen forscht, „**weil es dafür Geld gibt**“. 2009 später wurde sie befragt, ob sie nicht auch zu anderen Formen der Landwirtschaft forschen würde. Ja, das würde sie gern,³⁰ doch „**bis jetzt erhalten wir aber leider nur Mittel für Versuche an gentechnisch veränderten Pflanzen.**“ Das ist Klartext, und nicht die einzige Bemerkung

dieser Art. Stefan Rauschen, Pendant von Inge Broer als Versuchsleiter an der RWTH Aachen und InnoPlanta-Preisträger 2010, sah 2009³¹ als Alternative, was er ohne die Fördermittel für sein Institut machen würde, „**ein neues Thema suchen, oder auswandern. Oder Taxi fahren.**“

Das zeigt deutlich, dass Forschungsfreiheit vor allem die Freiheit zur finanziellen



Unten: Hinweisschild am Feld 2010 über die tatsächlich angepflanzten Felder. Am 1.4.2010 wurde ein weiterer Versuch mit gv-Kartoffeln²⁶ genehmigt.

26 www.gabot.de/index.php/News-Details/52/0/?&tx__ttnews%5Btit__news%5211128&tx__ttnews%5BbackPid%5D=1&chHash=e1605e9c87

27 Bericht auf Indymedia: <http://de.indymedia.org/2010/05/281999.shtml>. NNN-Bericht am Vortrag: www.projektwerkstatt.de/gen/filz/unterlassung/100519nnn.pdf

28 Ostseezeitung vom 26.4.2010: www.ostsee-zeitung.de/nachrichten/mv/index__artikel__komplett.phtml?param=news&id=2753804

29 Nordkurier am 24.7.2010: www.nordkurier.de/index.php?objekt=nk.nachrichten.m-v&id=695653

30 Volksstimme am 4.8.2009: Siehe unter www.volksstimme.de

31 www.scienceblogs.de/alles-was-lebt/2009/04/personliche-erfahrungen-in-der-deutschen-biosicherheitsforschung-interview-mit-dr-stefan-rauschen.php

Abhängigkeit ist. ForscherInnen der Agro-Gentechnik sind nichts als OpportunistInnen des Geldes. Agrarhuren nannte mensch solche Prostitution an Geldgeber der Landwirtschaft früher – eine unzulässige Beleidigung derer, die Geist und Körper verkaufen wie LehrerInnen, Mauere-rInnen oder AnwältInnen auch, aber ihre Orientierung auf Geld nicht als Freiheit erklären. Denn die Aura unabhängiger Forschung ist nichts als Lüge – auch wenn Rauschen trotz Angst vor dem Schicksal als Taxifahrer bei anderer Gelegenheit³² naiv nachfragte, „*wie man unabhängiger sein soll, als wir? Vom Steuerzahler bezahlt, im öffentlichen Auftrag? Und wie man kritischer sein können soll, als wir?*“.

Falsch ist die Ansicht, dass vor allem Firmengelder die Agro-Gentechnik an Universitäten und in Forschungsinstituten schmieren.³³ Es ist der Staat, der Grundfinanzierungen z.B. an Universitäten zurückgefahren und zweckgebundene Förderprogramme ausgebaut hat. „*Alle Mitglieder meiner Arbeitsgruppe, inklusive mir selbst, werden also durch Forschungsmittel finanziert, die letztlich aus dem Steueraufkommen des Bundes stammen*“, so Stefan Rauschen.³⁴ So sind es die Regierungen selbst, die die Reste von Unabhängigkeit in der Wissenschaft zerschlagen haben, um diese dann ökonomisch zu dem zwingen zu können, was sie als nationale Standortpolitik für richtig hielten und halten. Die Gentechnikindustrie stöhnte über zurückgehende Förderungen aus der Industrie:³⁵ „*Lediglich der Anteil an öffentlichen Fördermitteln ist seit vier Jahren konstant geblieben.*“ Auf den Staat und seine Unterstützung der ansonsten offenbar nicht attraktiven Technik ist also Verlass – zum Ärger nur sehr weniger PolitikerInnen, z.B. Ulrich Kelber (SPD):³⁶ „*Technologieoffene Forschung kann nicht heißen, dass im Haushalt von Frau Schavan 90 Prozent der Mittel für die Lösung bestimmter Probleme in der Züchtung in die Grüne Gentechnik und keine 10 Prozent in alternative Technologien gehen.*“

Aus der Studie „Zukunftsfelder in Ostdeutschland“ der Uni Rostock im Januar 2008

Die Biotechnologie hat sich innerhalb weniger Jahre in Deutschland zu einer Boom-Branche entwickelt, was sich an der wachsenden Zahl innovativer Firmengründungen ablesen lässt. In keinem anderen europäischen Land gibt es derzeit vergleichbar viele Standorte, an denen sich Biotechnologie-Unternehmen angesiedelt haben, wie in Deutschland. Die Gründe liegen ähnlich wie in anderen europäischen Regionen u.a. in der staatlichen Förderung, mit der finanzielle Schwierigkeiten in der Anfangsphase der Unternehmen abgefangen werden können.

Aus einer Evaluierungsstudie des BMBF³⁷

Der Anteil des Staates an der Finanzierung von Biotech-Unternehmen hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Lag er 2005 noch bei ca. 8% waren es 2009 bereits etwa 17%.

Wie im AgroBioTechnikum läuft es vielerorts trotz der Staatsmillionen schlecht. Firmenkurse, Aufkäufe und Zahlungsschwierigkeiten prägen das Geschehen. Der Hunger nach immer neuen Zuschüssen wächst – und wird gestillt von Regierungen, die nach dem absurden Motto handeln, dass es nach Misserfolgen trotz hoher Förderungen nur eine Konsequenz geben sollte: Noch mehr Geld. 2010 stellte die Evaluierungsstudie des BMBF³⁸ selbst fest, dass die Fördermittel in die Agro-Gentechnik weitgehend verpufften. Konsequenz: Aufstockung der Mittel! „*Das*

Bundesforschungsministerium möchte die Forschung in der Pflanzenbiotechnologie in den nächsten Jahren mit zusätzlich 50 Millionen Euro fördern“. Wer viel und wirkungslos verschwendet, bekommt mehr. Bei anderen fehlt es dann.

Presseinformation des BÖLW am 27.4.2010 (auf dem Informationsdienst Gentechnik)³⁹

Nach einer Studie des Bundesforschungsministeriums schrumpft die Agro-Gentechnik-Industrie in Deutschland. Das Forschungsministerium nimmt dies zum Anlass, weitere Millionen in die umstrittene Technologie zu stecken, während erfolgversprechendere Ansätze für eine nachhaltige Landwirtschaft vernachlässigt werden. Nach der Studie des BMBF, die dieser Tage veröffentlicht wurde, waren bundesweit 2009 24 Biotech-Unternehmen mit Pflanzen-Gentechnik befasst, zwei weniger als noch 2008. Die Erlöse der Unternehmen lagen 2009 bei 39 Mio €. Im Vorjahr waren es 49 Mio €. „Es ist nicht zu verstehen, weshalb das Schavan-Ministerium jetzt ankündigt, zusätzliche Millionen in den schrumpfenden Sektor der Pflanzen-Biotechnologie zu stecken“, kommentierte Felix Prinz zu Löwenstein, Vorsitzender des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft. ...

Im Gegensatz zur Agro-Gentechnik wächst die Ökologische Lebensmittelwirtschaft seit Jahren ungebrochen. Sie hat seit 2005 ihren Umsatz um 50% auf 5,8 Mrd. € gesteigert. In den zahlreichen mittelständischen Unternehmen des Öko-Bereichs konnten weit mehr als 160.000 Arbeitsplätze aufgebaut werden. Sie sind durch die Agro-Gentechnik gefährdet, denn die beträchtlichen Folgekosten der Gentechnik bleiben durch eine fehlende Verursacherhaftung bei denen hängen, die diese Technologie nicht einsetzen.

Die großen deutschen Fördertöpfe, aus denen staatliche Gelder in die Agro-Gentechnik fließen, heißen Biosicherheitsprogramm und „*Genomanalyse im biologischen System Pflanze*“ (GABI).⁴⁰ Hinzu kommt die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) mit ihren Fördergeldern. Sämtliche Programme überlebten die rot-grüne Regierungszeit und wurden auch von CSU-Regierungsmitgliedern nie in Frage gestellt. Für CDU und FDP gilt das ohnehin. Alle akzeptierten zudem die Verflechtungen, wegen der die Gelder von den Nutznießern selbst und ohne jegliche öffentliche Kontrolle zugewiesen und verwendet wurden. Der zuständige Abteilungsleiter im BMBF, Dr. Peter Lange, räumte in einem Streitgespräch im Dezember 2009 ein, noch nie eine geförderte Maßnahme überprüft zu haben. Im Lenkungsgremium⁴¹ des GABI-Programms sitzen mit VertreterInnen von KWS, Bayer, Max-Planck-Institut und den Leibniz-Instituten für Pflanzenbiochemie mehrheitlich die Geldempfänger – neben zwei Ministeriums- und einer/m DFG-VertreterIn, die ebenfalls die Gentechnik befürworten. Auch im wissenschaftlichen Beirat⁴² sind Konzerne und gentechnikanwendende Institute weitgehend unter sich.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Dass Forschung geldabhängig und auf Geldgeber fixiert, also immer ‚gekauft‘ und bestechlich ist, gilt nicht nur in der Agro-Gentechnik, sondern schlicht überall. Je länger ein Forschungszweig und seine Anwendungen im Produktverkauf bestehen bzw. je größer die Verkaufserfolge werden, desto intensiver wachsen Filz und Steuerung über Geld. Wird ein Geschäftsbereich lukrativer, dominieren Geldgeber aus der Wirtschaft. Bei der Agro-Gentechnik ist es zur Zeit

32 <http://gute-gene-schlechte-gene.de/die-wissenschaftlichkeit/#more-208>

33 Studie des Nabu zur Verwendung von Forschungsgeldern: www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/gentechnik/studien/3.pdf

34 siehe Fußnote 31

35 Peter Heinrich, Chef von BIO Mitteldeutschland in der Verbandszeitschrift transkript

36 Bundestagsdebatte am 26.3.2009 zum Antrag der Grünen, den gv-Mais MON810 zu verbieten: <http://blogs.taz.de/saveourseeds/files/2009/03/26-03-09-debatte-bundestag-anbaustopp-mon810-2.pdf>

37 www.biotechnologie.de/BIO/Redaktion/PDF/de/umfrage/2010-umfrage,property=pdf,bereich=bio,sprache=de,rwb=true.pdf

38 siehe Fußnote 37

39 www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21880.html

40 www.pflanzenforschung.de

41 www.gabi.de/gabi-lenkungsgremium.php

42 www.gabi.de/gabi-sab.php

der Staat, der das Anlaufen der Profitmaschine Jahr für Jahr mit Millionen schmiert – und aufstockt, wenn es nicht reicht.

2. Forschungsfelder als Auskreuzungsquellen

Der zweite Grund für die Anlage von Forschungsfeldern ist perfider. Diese wurden auffällig oft und mit erkennbarer Systematik neben Saatgutbanken angelegt. Dort aber stellten sie ein besonders großes Risiko dar, einen verheerenden Schaden im bislang gentechnikfreien Saatgut anzurichten und die Debatte um die Gentechnikfreiheit zu beenden. Diese erübrigt sich nämlich einfach, wenn Auskreuzung überall hin stattgefunden hat. Von bisherigen Auskreuzungsskandalen, vor allem dem LL601-Reis, der als Selbstbestäuber nur auf Versuchsfeldern angebaut wurde und dennoch weltweit im Ladenregal landete, wussten auch ForscherInnen und Konzerne. Kann es sein, dass sie Felder ausgesät haben und weiter anlegen, um Auskreuzung zu erzeugen und so die Debatte durch die Macht des Faktischen zu gewinnen? Beweisbar ist das nicht, aber vieles spricht dafür. So sind unmittelbar neben den fünf offiziellen Saatgutbanken in Deutschland Genversuchsfelder angelegt worden – und zwar genau mit den ‚passenden‘, also auskreuzfähigen Pflanzen. Das klingt unglaublich, aber im Kapitel zur Koexistenz werden die Belege und alle Felder benannt.

3. Werbung, Firmenaufbau und Standortpolitik

Bleibt ein dritter Grund, der eher platt ist: Felder dienen schlicht der Propaganda oder als Referenz- und Übungsfläche für Firmen oder Universitäten. Der seit 2009 größte Gentechnikstandort – zumindest von der Zahl der Felder her gerechnet – ist ein reiner Schaugarten und versteht sich auch als solcher. Prospekte und Internetseite⁴³ laden zu Kaffeefahrten ein, „**wenn Sie sich einmal ‚echte‘ Freilandversuche anschauen wollen**“. Weil auch dieser Gentechnik-Streichelzoo inmitten der empfindlichen Saatzuchtregion Börde auf vielen Gründen skandalös ist, wird darüber im Kapitel VII gesondert berichtet.

Am AgroBioTechnikum geht es weniger um Öffentlichkeitsarbeit, auch wenn im Bundestagswahlkampf 2009 schon mal die FDP-Bundestagsabgeordnete Christel Happach-Kasan einen Bus voll EinwohnerInnen aus ihrem Wahlkreis auf das Feld schleppte. Gedacht war das durchaus mal anders. Der Verein FINAB⁴⁴ legte sein erstes Versuchsfeld mit gv-Raps an „**als politisches Signal und Präsentation des Dienstleistungsangebotes**“. Unglaublich – eine ganze Landschaft wurde der Verseuchung mit dem stark auskreuzenden Raps ausgesetzt, um ein „**politisches Signal**“ zu setzen! Außerdem ging es um die „**Etablierung von notwendigem Know-how für die Beantragung und Durchführung von Freisetzung**“ – Firmenaufbau auf Kosten der Landwirtschaft zumindest einer ganzen Region.

So bleibt schon als Antwort auf die Frage, warum Versuchsfelder angelegt werden, wenig übrig als die Feststellung unfassbarer Jämmerlichkeit: Diese titelbehangenen WissenschaftlerInnen, die Gentechnikkritik als emotional, unsachlich oder „**Bodensatz der Gesellschaft**“ beschimpfen, sind einfach nur OpportunistInnen des Geldes. Sie reden über Forschungsfreiheit und meinen die pure Ausrichtung allen Denkens und Forschens auf den schnöden Mammon. Ihre Propaganda ist die der Sicherheitsfor-

schung, doch ihr Handeln das organisierte Verseuchen der Welt mit gentechnisch veränderten Konstrukten. Welch ein Abgrund tut sich hier auf? Und ist das nur dort so, wo jedes Beet Geld bringt? Schauen wir von den Niederungen der praktischen Anwendung hinauf zu den großen wissenschaftlichen Debatten und Organisationen. Umlernen müssen wir nicht, denn was dort als Wissenschaftlichkeit verkauft wird, ist nicht besser, sondern zumeist platte bis polemische PR für die eigene Sache, Buhlen um frisches Geld oder schlichte Machtpolitik.

Kampf und Krampf: Forschung zwischen PR-Zielen und Machtpolitik

Nicht alle sagen so deutlich, welchen Machtgewinn sie sich von der Gentechnik erhoffen, wie Hubert Markl, Ex-Chef der Deutschen Forschungsgemeinschaft:⁴⁵ „**Dass dabei die Schöpfung manipuliert wird, ist richtig. Dass dies notwendig und sittlich geradezu geboten ist, um eben diese Schöpfung vor völliger Zerstörung zu retten, ist jedoch ebenfalls richtig.**“ Immer wieder aber ist die Agro-Gentechnik ein beliebtes Thema für grundsatzpolitische Aussagen über Forschung und Forschungsförderung. Da werfen sich die edelsten Akademien, NobelpreisträgerInnen und andere in den Ring, um ihre Sicht der Dinge darzustellen. Was herauskommt, ist selten Expertise, sondern meist die schlichte Forderung nach mehr Geld und weniger öffentlicher Kontrolle sowie ideologisch aufgeladene Polemiken. Einen Spitzenplatz nimmt dabei das Papier der Nationalen Wissenschaftsakademien⁴⁶ ein, die am 13.10.2009 mit einem Papier in die Koalitionsverhandlungen zwischen FPD, CDU und CSU eingriffen, das jedes neoliberale Kampfpapier aus FDP-Kreisen in den Schatten stellt. Wütend wird zwar eingeräumt, dass die Akzeptanz der in ForscherInnenaugen weltretenden Technologie sehr klein ist: „**Demokratische Politik kann die Meinung der Wähler nicht ignorieren**“. Doch daraus abzuleiten, auf die Agro-Gentechnik zu verzichten, fällt ihnen nicht ein. Im Gegenteil – sie fordern von den PolitikerInnen die große Umerziehung. Diese seien „**dafür mitverantwortlich, dass die Wähler Fakten zur Kenntnis nehmen**.“ So „**musst dem Verbraucher vermittelt werden, dass die Grüne Gentechnik ... Möglichkeiten bietet**“, einfach alles besser zu machen und selbst die „**Artenvielfalt zu fördern**“. Wie das? Neue Arten aus dem Genlabor? Jeder/m einigermaßen reflektierten WissenschaftlerIn muss sich angesichts solcher Formulierung der Magen umdrehen, wie platt die hochbezahlten TitelträgerInnen hier zu plumpen PropagandistInnen mutieren. Das geben sie sogar offen zu, schließlich sollte nach ihren Worten auch die „**Wissenschaft ... bemüht sein, ... um Akzeptanz für eine wichtige Forschungsrichtung mit großem Zukunftspotenzial zu werben.**“

ForscherInnen sind also PR-Agenturen. Die Agro-Gentechnik zu erforschen, scheint da gar nicht mehr nötig. Prof. Kogel, Versuchsleiter beim umkämpften Gengerstenfeld in Gießen, beschrieb die Aufgabe von „**uns Wissenschaftlern**“ ziemlich eindeutig:⁴⁷ „**Wir müssen zeigen, dass diese Technik, die wir einführen wollen, große Vorteile hat**“. Es geht also darum, dass ein feststehendes Ergebnis („**große Vorteile**“) beworben wird („**müssen zeigen**“). Wissenschaft hat nicht die Erforschung, sondern die politische Durchsetzung („**Technik, die wir einführen wollen**“) zum Ziel.



Abb.: Karte der Saatgutbanken. Neben allen fünf liegen oder lagen Felder mit gentechnisch veränderten Pflanzen - genau passend zu den Pflanzenarten der Saatgutbanken. Das Risiko der Auskreuzung und der Vernichtung gentechnikfreier Saat wurde also maximiert. Zufall?

43 www.schaugarten-ueplingen.de/

44 www.finab.de

45 Zitiert in Dürr, Hans-Peter (2010): „Warum es ums Ganze geht“, Ökom in München (S. 80 f.)

46 www.acatech.de/fileadmin/user_upload/Baumstruktur_nach_Website/Acatech/root/de/Aktuelles_Presse/Presseinfos_News/091013_Stellungnahme_zur_Gruenen_Gentechnik.pdf

47 www.biosicherheit.de/de/debatte/569.doku.html

Obwohl das bereits unmissverständlich ist, setzte Kogel noch hinterher: „**Unsere Aufgabe ist es, stetig und mit viel Geduld Überzeugungsarbeit zu leisten.**“ Mit solchen Positionen zeigen die Agro-GentechnikerInnen zwar deutlich die aktuell vorherrschende Ausrichtung der Wissenschaft auf Standortinteressen und Geldquellen; in der wissenschaftlichen Debatte hinken sie damit aber weit hinterher. Denn als Stand der Debatte darf gelten, dass es eine interessenlose Wissenschaft nicht gibt. Dann aber müssten ihre ständigen Reden von Objektivität und reinsten Sachlichkeit ohnehin kritischer betrachtet werden – also auch dann, wenn sie nicht nur, wie es aber der Fall ist, dem Geld hinterherhechelten.

Abb. Prospekte im Flur des Instituts für Phytopathologie und Angewandte Zoologie (IPAZ) von Prof. Kogel



Stellungnahme der führenden Wissenschaftsverbände und -einrichtungen zum Runden Tisch Gentechnik, 20.5.2009⁴⁸
Die Allianz fordert dabei mehr Rationalität in der Debatte, so dürfe die Gentechnik nicht pauschal verurteilt werden. „Die deutschen Wissenschaftsorganisationen setzen sich ausdrücklich dafür ein, nicht nur Forschung sondern auch Anwendungen der Grünen Gentechnik in Deutschland zu ermöglichen“, sagt Prof. Dr. Jürgen Mlynek, Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft und zurzeit Sprecher der Allianz. Dies schließt auch weitere Untersuchungen von Sicherheitsfragen und möglichen Risiken ein. ... Mögliche negative Auswirkungen auf die Umwelt sind nicht durch die Methode Gentechnik bedingt.

Interview mit der amerikanischen Wissenschaftshistorikerin Kay in der taz vom 4.9.2000

Heutzutage sind Wissenschaftler Politiker, sie sind Aktienhändler, sie haben ihre eigenen Biotech-Unternehmen und sitzen nicht länger nur in ihren Laboratorien herum. In den USA sind mindestens 80 Prozent der Molekularbiologen an eigenen kommerziellen Biotech-Unternehmen beteiligt. Das ist also nicht länger ein rein akademisches Problem, und daher ist es auch nicht nur ein Problem der Medien. Die Wissenschaftler sind massiv an der sozialen und politischen Verbreitung ihrer Arbeit beteiligt.

Maria Weimer, Juristin am Europäischen Hochschulinstitut Florenz⁴⁹
Aus der soziologischen Forschung wissen wir: Auch der wissenschaftliche Prozess ist ein sozialer Prozess. Wissenschaftliche Untersuchungen und die dabei gefundenen Ergebnisse sind nicht rein objektiv, sondern auch geprägt von Werten und Glaubenseinstellungen der Wissenschaftler und von dem Auftrag, den die Wissenschaftler von der Politik bekommen haben. Die Wissenschaft liefert keine so harte und objektive Grundlage, wie man es gerne haben möchte.

Zusammengefasst wird erkennbar: Forschung ist Akzeptanzbeschaffung und WissenschaftlerInnen sind PR-Agenturen!

Die einzig wahre und zulässige Meinung: „Gentechnik ist ungefährlich“ als Glaubenskrieg

Mit der Autorität ihrer Titel und Stellungen versuchen die WissenschaftlerInnen, ihre Sicht als Maß aller Dinge durchzusetzen. Auf allen Kanälen verkünden sie, dass „**alle Wissenschaftsorganisationen in Deutschland**“ die Agro-Gentechnik für sinnvoll hielten, ja für „**risikofreier und sauberer für die Umwelt**“. Das hätten zahlreiche Gutachten gezeigt. Doch präzise Quellenangaben sind rar, Aussagen ungenau: „**Ich kann summierend sagen, dass wir keine Effekte auf Nichtzielorganismen gefunden haben.**“ Kogel glänzte in diesem Interview⁵⁰ weiter mit der Ausführung, dass Pollenflug keine Wirkung auf den Naturhaushalt habe. Wie erklärt sich dieser Spitzenforscher eigentlich die Fortpflanzung?

Die Liste wissenschaftlicher Mythen zu Hungerhilfe, Umweltwirkungen, Bauernglück und die Berechenbarkeit der Genmanipulation ist so lang, dass ihnen und ihrer Entzauberung das Kapitel VIII gewidmet ist.

Übersetzung aus Scientific American (August 2009): „Do Seed Companies Control GM Crop Research?“⁵¹

Wissenschaftler müssen die Gentech-Konzerne um Erlaubnis fragen, bevor sie unabhängige Forschungsergebnisse über deren genetisch veränderte Pflanzen veröffentlichen wollen. Das regelt eine Verfügung der Saatgutkonzerne, die von den Forschern im Vorfeld einer Studie unterschrieben werden muss, berichtet das Wissenschaftsmagazin Scientific American in seiner August-Ausgabe. ... Für den Kauf gentechnisch veränderten Saatguts zu Forschungszwecken mussten die Kunden schon immer eine Vereinbarung unterzeichnen, die genau festlegt, was geforscht werden darf und was nicht. Diese Vereinbarungen galten dem Schutz „des geistigen Eigentums“ eines Unternehmens, sie sollten vor allem mögliche Replikationen der veränderten Erbinformationen, also die unerlaubte Nachzucht, verhindern, so die Begründung.

Inge Broer, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten am 19.5.2009⁵²
Bei der umstrittenen Zulassung genveränderter Pflanzen für die Landwirtschaft sollte die Politik nach Ansicht der Biologin Inge Broer häufiger dem Urteil von Experten vertrauen. „Der politische Wille muss noch kommen, in der Risikobewertung mehr auf Wissenschaft statt auf politische Meinungen zu setzen“, sagte die Professorin für Agrobiotechnologie der Uni Rostock.

Das Gebaren der Institute und WissenschaftlerInnen führt in einen Teufelskreis. Denn obwohl Aussagen von Leuten wie Kogel, alle WissenschaftlerInnen würden die Gentechnik als umweltfreundlich und ungefährlich einstufen, schnell als Lüge enttarnt werden können, fällt doch auf, dass der Anteil von BefürworterInnen im Umfeld der entsprechenden Studiengänge überdurchschnittlich hoch ist. Ist, wer die Wirkungsmechanismen von DNA und biochemischen Codierung der Ausstattungsmerkmale bei Tieren und Pflanzen genauer kennt, der Möglichkeit von Manipulationen dieser Abläufe positiver eingestellt? Oder ist die Befürwortung der Agro-Gentechnik eher eine Folge einer einseitigen, industriefreundlichen und tendenziösen Ausrichtung von Studieninhalten plus der schlichten Tatsache, dass angesichts der riesigen Fördermittel für diese Technik Studienarbeiten, -abschlüsse und spätere Jobchancen nur bekommt, wer auf dieses Thema setzt? So einiges spricht für das Zweite:

- ▶ Wer durch das IFZ, die Gentechnikhochburg der Uni Gießen (getarnt unter dem Label der Umweltsicherung), ging, fand dort etliche Prospekte und Zeitschriften.⁵³ Das Material war völlig einseitig: Werbung der Gentechnikkonzerne und Lobbyverbände (siehe Foto).
- ▶ Grundlagenbücher für das Studium werden von den ‚WissenschaftlerInnen‘ geschrieben, die in den Seilschaften der Gentechnik an wichtigen Stellen, z.B. in den Propagandaagenturen sitzen. So wurde das UTB-Buch „**Gentechnik**“ von Hans Günther Gassen und Klaus Minol herausgegeben. Neben ihnen verfassten weitere, in die Seilschaften verwickelte Personen wie Kristina Sinemus (ebenfalls Genius-Mitarbeiterin) und Sabine Bertram vom Verband Chemischer Industrie Kapitel im Buch. Alle kommen aus der Darmstädter PR-Agentur Genius, die mit Millionenförderungen vollgepumpt Internetplattformen für Gentechnikpropaganda betreibt.

48 www.helmholtz.de/aktuelles/pressemitteilungen/artikel/detail/gemeinsame_erklaerung_der_wissenschaftsorganisationen_zur_gruenen_gentechnik-2/

49 www.biosicherheit.de/de/debatte/657.doku.html

50 HR-Info am 23.4.2009: www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb09/institute/ipaz/news/premi/biosich/interview-hr-info-23-04-09/at_download/file

51 www.scientificamerican.com/article.cfm?id=do-seed-companies-control-gm-crop-research

52 www.nnn.de/mecklenburg-uvorpommern/artikeldetail/artikel/111/gentechnik-forschen-statt-reden.html

53 www.projektwerkstatt.de/gen/kogel.htm

► Ganz ähnlich sieht die Lage bei früheren sogenannten Studien zu Umweltauswirkungen aus. Als 1998 der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen ein Gutachten über Umweltprobleme bei Freisetzung in Auftrag gab, wählte er mit Alfred Pühler, Detlef Bartsch und Ingolf Schuphan drei Schlüsselfiguren aus den Seilschaften der Gentechnik zu den Koordinatoren und Hauptautoren.

Durch Kaltstellen und Ausgrenzen kritischer ForscherInnen wird die Einseitigkeit gesteigert. Immer wieder kommt es zu „**Hetzjagden auf die Autoren**“ kritischer Studien, wie Christof Potthof und Christoph Then 2009 berichteten.⁵⁴ Untersuchungen würden behindert, „**indem Zugang zu geeignetem Untersuchungsmaterial verweigert wird**“. Ebenso „**haben viele Wissenschaftler auch dann Probleme, wenn es um die Veröffentlichung ihrer Forschungsergebnisse geht**“. Der berühmte Fall Puztai⁵⁵ ist bei weitem nicht der einzige.

Widersprüchlichkeiten finden sich zwischen dem Eintreten für eine vermeintliche Freiheit der Wissenschaft und der Praxis, kritische Meinungen zu unterdrücken. Als Ende März 2008 das Gießener Gengersten-Feld besetzt wurde, sperrte die Universität Seiten mit kritischen Informationen zu den Gentechnikversuchen und Versuchsleitern.⁵⁶ Freie Wissenschaft, wenn abhängig von Geld und Profitaussicht, ist eben doch gesteuerte Forschung und Lehre.

Damit nicht genug. Seit Mitte April 2009 versucht die Universitätsleitung in Gießen, kritische Blicke ganz zu unterbinden. Ein Gentechnikkritiker erhielt ein Hausverbot für die gesamte Universität Gießen – das ist ein erheblicher Teil der Stadt Gießen.⁵⁷ Hintergrund waren Recherchen unter anderem für dieses Buch. Im IFZ wurden, ganz harmlos auf den frei zugänglichen Gängen, Auslagen und Aushänge daraufhin durchgeschaut, wieweit Konzernwerbung und einseitige Informationen den Studierenden dargeboten wurden (siehe Foto S. 55). Prof. Imani, immerhin stellvertretender Institutsleiter bei den Agro-Gentechnikern, versuchte sich gleich mit körperlicher Gewalt mit einem Rauswurf. Danach folgte das formale Hausverbot. Offenbar sollte der kritische Blick auf das Treiben in den steuermittelfinanzierten Trakten des Instituts für Phytopathologie (IPAZ) verhindert werden.

So ist kein Wunder, dass viele StudentInnen eine gentechnik-befürwortende Position haben, wenn die Lehrinhalte derart einseitig oder gar manipuliert sind. Hinzu kommen die hohen Fördermittel für Gentechnikforschung an den Universitäten und für Gentechnikfirmen. Das führt dazu, dass studieninterne Abläufe stark auf Gentechnik ausgerichtet sind, dort besser Studienarbeiten zu erledigen sind und auch die Hoffnung auf einen späteren Arbeitsplatz wächst, wenn eine Orientierung auf die hochsubventionierte Gentechnik besteht.

Der Kampf um die vermeintlich echte, wahre und unabhängige Wissenschaft ist bizarr. Fast jedes neue Gutachten – egal von welcher Seite – erscheint geräuschvoll auf der Bühne. Begleitet ist es von einem Donnerwetter gegen die abhängigen, einseitigen oder irgendwie anders unqualifizierten WissenschaftlerInnen, die die jeweils andere Meinung vertreten. Demgegenüber ist die eigene Meinung seriös und die eigene Forschung selbstverständlich unabhängig und nur an wissenschaftlichen Kriterien ausgerichtet. Das geht in alle Richtungen.

Ein lustiges Beispiel: Stefan Rauschen gehört zu den Befürwortern der Gentechnik. Er ist einer der wenigen unter denen, die Versuchsfelder anlegen und die Förderprogramme anzapfen, der noch Aufmerksamkeit für Argumente seiner KritikerInnen hat und zuhören kann. So besuchte er Ende Juni 2010 eine Tagung der Grünen zur Sicherheitsforschung⁵⁸ in der Agro-Gentechnik. Danach schrieb er:⁵⁹ „**Unter dem Titel ‚Gen-Pflanzen: Alle sicher? – Risikoforschung und politische Verantwortung‘ hatte Frau Höfken nach Berlin eingeladen. Dort sollten ‚unabhängige, kritische‘ Wissenschaftler, welche die ‚Gegen-Expertise‘ zum Mainstream darstellen, darüber informieren, was aus ihrer Sicht in der Sicherheitsforschung gemacht werden sollte. Und sie sollten Gelegenheit bekommen, zu erklären, warum sie das derzeit nicht machen können. Die Argumentation war ein wenig so: es gibt einen Mainstream an Wissenschaftlern, der von der Industrie abhängig ist. Nur ein kleines Dorf gallischer Wissenschaftler, repräsentiert durch die eingeladenen Plenumvertreter, ist in der Lage, Widerstand zu leisten. Darf aber natürlich keine wirkliche Wissenschaft betreiben, weil sie ja von den anderen geduldet werden und keinen Zugang zu Forschungsmaterial und -geld haben. Das alles müsse sich ändern, denn schließlich sei ja allen klar, dass gentechnisch veränderte Pflanzen schrecklich gefährlich und schrecklich und gefährlich sind. Nur zeigen könnten sie das halt nicht so richtig. Und wenn sie es versuchen, dann würden sie persönlich angegriffen, ihr Ruf ruiniert und überhaupt ginge man ganz schlimm mit ihnen um.**“ Es folgten Angaben zum Inhalt eines Vortrages, um daran seine Kritik festzumachen.

Das Spannende: Rauschen hatte völlig recht. Die Tagung der Grünen war eine peinlich handverlesene Nabelschau der eng zusammenarbeitenden Apparate von Grünen, Umweltverbänden und einigen Einzelpersonen. Viele von ihnen hängen am Geldtropf der Grünen oder staatlicher Fördertöpfe. Wer von seiner wissenschaftlichen Tätigkeit lebt und für Grüne oder Greenpeace Studien schreibt, wird Ergebnisse liefern, die den AuftraggeberInnen gefallen oder zumindest die Chance erhalten, nochmal mit einem brauchbar dotierten Auftrag bedacht zu werden. Wissenschaft im Kapitalismus ist immer abhängig und käuflich. Unabhängigkeit ist kaum möglich und nur denkbar außerhalb ökonomischer Verwertung. Auf Leute, die aus Idealismus forschten und entweder anderweitig Geld erhielten oder solches nicht brauchten, verzichteten die Grünen auf ihrer Tagung der Grünen aber. Die Handverlesenheit war grotesk: Da waren nicht nur keine GentechnikanwenderInnen geladen, sondern auch GentechnikkritikerInnen unerwünscht, die ohne finanzielle Interessen die Versuchsfelder in Deutschland analysieren und dortige Forschungen evaluieren. Alle ReferentInnen waren grünennah, hatten aber von den konkreten Abläufen an den Feldern keine Ahnung. Insofern hätte Stefan Rauschen über sein eigenes Feld in Braunschweig auch keine GesprächspartnerInnen auf der Tagung finden können, denn die FunktionärInnen der

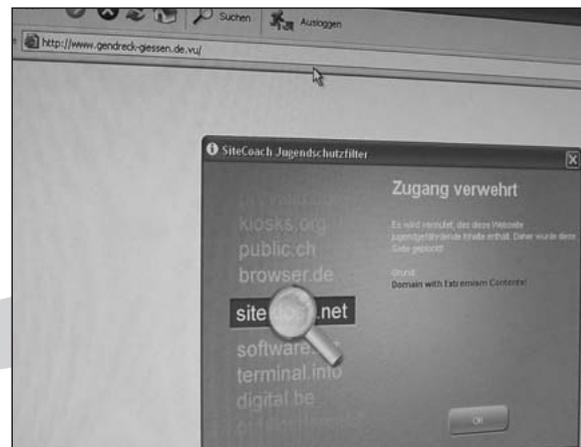


Abb.: Rechnermonitor in der Uni Gießen im Frühjahr 2008. Wer www.gendreck-giessen.de/vu/, www.gendreck-weg.org/ oder andere kritische Seiten aufrufen wollte, fand diesen Spervermerk auf dem Bildschirm.

Schriftliches Hausverbot (Ausschnitt aus dem Schreiben des Universitätspräsidiums).

Nach § 44 Abs. 1 Satz 4 des Hessischen Hochschulgesetzes erteile ich Ihnen hiermit ein Hausverbot für alle Gebäude der Justus-Liebig-Universität. Sollten Sie dieses Verbot nicht einhalten, sind die betreffenden Bediensteten von mir ausdrücklich ermächtigt, die Polizei zu benachrichtigen. Ich werde in jedem Falle eines Verstoßes gegen dieses Hausverbot Anzeige wegen Hausfriedensbruch nach § 123 Strafgesetzbuch erlassen und einen entsprechenden Strafantrag stellen.

Mit verbindlichen Grüßen
In Vertretung:

Mukherjee
Prof. Dr. Mukherjee
Vizepräsident

54 Potthof/Then (2009): „risk relocated“ (S. 29)

55 www.transgen.de/aktuell/archiv_2002/337.doku.html

56 www.projektwerkstatt.de/gen/2008.htm

57 www.projektwerkstatt.de/gen/giessen.htm

58 www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/345/345827.keine_gentechnikzulassung_ohne_unabhoeng.html

59 <http://gute-gene-schlechte-gene.de/die-wissenschaftlichkeit/#more-208>

Grünen und der NGOs aus den Metropolbüros kennen sich da draußen, wo es konkret wird, nicht aus. Und die sich auskannten, sollten nicht kommen.

Rauschens Analyse lag also auf der Hand: Die Hauptamtlichen der Grünen und Verbände sowie die ihnen zuarbeitenden WissenschaftlerInnen bilden genauso eine Seilschaft wie die BefürworterInnen der Gentechnik. Aber genau darin liegt dann auch der Denkfehler von Rauschen. Denn so, wie sich die grünen- und NGO-nahen Apparatschiks bejammerten und als seriös gegenüber den ForscherInnen mit anderer Meinung abgrenzten, machte es Rauschen auch: „**Leider konnten, wegen der Struktur der Veranstaltung, die kritischen, unabhängigen Wissenschaftler wie ich nicht zu Wort kommen. Vielmehr war das eine Selbst-Beweihräucherung erster Kategorie der ‚wahren‘ kritischen, unabhängigen Wissenschaftler. Eine Chance, der ganzen Schwurbelei zu widersprechen, konnte ich daher leider nicht wahrnehmen. ... Während wir uns aus der BMBF geförderten Sicherheitsforschung immer anhören müssen, wir seien ja gar nicht unabhängig und ‚kritisch‘. Wobei ich mich immer frage, wie man unabhängiger sein soll, als wir? Vom Steuerzahler bezahlt, im öffentlichen Auftrag? Und wie man kritischer sein können soll, als wir?**“ Hier kämpften die Platzhirsche einer ideologischen Debatte um ihre Rangordnung, mehr nicht. Und jedeR hatte seine/ihre Scheuklappen, riesige!

60 siehe Fußnote 46

61 Kritik des Paipers auf „Save our Seeds“ (taz-Blog): http://blogs.taz.de/saveourseeds/2009/10/14/akademien_oder_lobby-vereine/

62 www.tagesspiegel.de/magazin/wissen/art304,2940448

63 MvTicker vom 18.6.2009: www.mvticker.de/mv/news_id5757_peter_stein_risikoforschung_gentechnik_wichtig_mecklenburg_vorpommern.html

64 http://blogs.taz.de/saveourseeds/2009/03/18/poepsilicher_seggen_fuer_die_gentechnik/

65 www.ernaehrungs-umschau.de/themen/wissenschaft_aktuell/?id=3849

66 www.focus.de/wissen/wissenschaft/gentechnik/tid-7736/gruene-gentechnik_aid_136426.html

Forschungsbetriebe als Lobbyisten, PR-Agenturen und Wegbereiter der Konzerne

Die deutschen Wissenschaftsakademien, insbesondere wenn sie sich gemeinsam öffentlich äußern, treten als Sprachrohr geballter Wissenschaftskompetenz auf. Wer im Grundsatzpapier vom 13.10.2009⁶⁰ jedoch fachliche Expertise erwartete, wurde enttäuscht. Das Pamphlet forderte eine Freibrief für Forschung und Pannen aller Art. Danach sollten „**gentechnisch veränderte Sorten ... in haftungsrechtlicher Hinsicht nicht anders behandelt werden als sonstiges Saat- und Pflanzgut.**“ Verärgert zeigen sich die WissenschaftlerInnen über die Uneinsichtigkeit der Bevölkerung, die ihre Meinung einfach nicht übernehmen will. Ganz offen wird von Politik und Wissenschaft die „**wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung neuer Produkte**“, also die Orientierung der Wissenschaft an wirtschaftlichen Zielen gefordert. Dieser Wunsch ist längst Wirklichkeit.⁶¹

*Aus „Gute und schlechte Gene“ in: Tagesspiegel vom 4.11.2009⁶²
Strenge Gesetze und die Skepsis in der Bevölkerung machen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland nahezu unmöglich. Dieses aus Sicht der Pflanzenforschung ernüchternde Fazit ziehen die Autoren des zweiten Gentechnologieberichts der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Trotzdem entwickelte sich die Forschung zur grünen Gentechnik rasch weiter.*

Bleibt noch die absurdste Begründung für deutsche Agro-Gentechnikforschung. Wenn gar nichts mehr hilft, alle Argumente widerlegt sind, aber die Ideologie zum Festhalten an der Agro-Gentechnik zwingt, dann kann vielleicht der CDU-Politiker Peter Stein ein Vorbild sein, um für deutsche Gentechnik zu streiten: „**Ich habe dabei überdies mehr Vertrauen in eigene Forschungsergebnisse als in fremde.**“⁶³

Die letzte Hoffnung?

Die sich als unabhängige WissenschaftlerInnen inszenierenden JägerInnen nach Fördergeldern können ihre finanziellen Interessen und Verflechtungen in Lobby- und Kontrollstrukturen kaum verbergen. So herrscht Ebbe, wenn nach klangvollen Namen gesucht wird für eine möglichst unangreifbare Position pro Agro-Gentechnik. Nicht dass sich die Janys, Jacobsens und Kogels dieser Welt deswegen zurückhalten würden – aber ihre Interessenlage und Einbettung in die Seilschaften ist offensichtlich. 2010 tauchte ein neuer Name auf: Matin Qaim. Er hatte Studien erstellt – überwiegend allerdings schon einige (für die Statistik wichtige!) Jahre alt –, wie sie die BefürworterInnen unbedingt brauchten: Internationaler Flair verbunden mit scheinbar belastbaren Zahlen über den Segen der Agro-Gentechnik gerade in armen Regionen der Welt. War er ein neuer Hoffnungsträger? Viele Lobbyverbände und Medien bezogen sich fortan bei ihren Jubelarien auf Qaim. Er hatte viele öffentliche Auftritte, wurde in den Beirat beim Landwirtschaftsministerium berufen und wegen seiner Umtriebigkeit als „**einer der vehementesten Gentechnik-Streiter in Deutschland**“ bezeichnet.⁶⁴ Ein Blick in Texte von und über ihn zeigt denn auch den typisch fanatischen Wissenschaftsgläubigen, der schon 2003 verbreitete, dass „**der Einsatz von Bt-Baumwolle den Ertrag um mehr als 80 Prozent steigerte, die Pflanzen jedoch bis zu 70 Prozent weniger Insektizide benötigten**“. Er glaubte, „**dass eine Technologie wie Bt-Baumwolle tatsächlich auch von Klein- und Kleinstbauern angewendet wird und dass sie im Kleinbauernsektor deutlich höhere Erträge ermöglicht als konventionelle Baumwolle**“, und beobachtete „**einen enormen Einkommenschub**“. Ein Patent ist für ihn schlicht „**ein Anreiz, Forschung zu betreiben**.“ Auch zu den Seilschaften der Agro-Gentechnik steckte Qaim seine Fühler aus, vor allem international. Er ist Mitglied im Kuratorium des International Maize and Wheat Improvement Center (CIMMYT) und im Golden Rice Humanitarian Board. Zudem nahm er an der Päpstlichen Akademie im Vatikan teil. In Deutschland beglückte er die TeilnehmerInnen am wichtigsten deutschen Vernetzungstreffen, dem InnoPlan-Forum 2010 in Üplingen, mit Referat und Diskussionsteilnahme.

*Matin Qaim in der Ernährungs Umschau 5/09 (S. 294)⁶⁵
Um die wachsende Weltbevölkerung längerfristig ernähren zu können, muss die Agrarproduktion weiter stark gesteigert werden. Hierzu müssen auch neue Technologien wie die Gentechnik als Ergänzung zu konventionellen Methoden zum Einsatz kommen. Schon heute zeigen insektenresistente transgene Pflanzen signifikante Ertragsvorteile. Hunger ist aber nicht nur ein Produktions-, sondern auch ein Verteilungsproblem. Viele Menschen sind schlichtweg zu arm, um sich ausreichend zu ernähren. Auch hier bietet die Gentechnik Potenziale, da ein Großteil der Armutsbevölkerung von der Landwirtschaft abhängig ist.*

Aus: Julia Bidder, „Der Boom der Zaubersamen“, in: FOCUS, 20.10.2007⁶⁶

Agrarwissenschaftler wie Qaim sind skeptisch. „Das traurige Phänomen, dass sich verschuldete Bauern das Leben nehmen, ist in Indien leider seit den 90er-Jahren bekannt – schon lange vor dem Anbau der Gen-Baumwolle“, sagt der Professor für Welternährungswirtschaft und Rurale Entwicklung an der Universität Göttingen. „Es gibt kein Anzeichen dafür, dass sich die Zahl seit dem Anbau der Bt-Varianten erhöht hat.“ ... „Wir alle tragen Hemden und T-Shirts aus gentechnisch veränderter Baumwolle“, sagt Qaim. ... Laut wissenschaftlichen Studien sind die Genpflanzen ein voller Erfolg:

Qaim beispielsweise kam 2003 gemeinsam mit Kollegen zu dem Schluss, dass der Einsatz von Bt-Baumwolle den Ertrag um mehr als 80 Prozent steigerte, die Pflanzen jedoch bis zu 70 Prozent weniger Insektizide benötigten.

Aus einem Interview mit Matin Qaim auf www.biosicherheit.de⁶⁷ bioSicherheit: Nach Aussagen der FAO muss die globale Nahrungsmittelproduktion bis 2050 um 70 Prozent gesteigert werden, um dann schätzungsweise neun Milliarden Menschen zu ernähren. Wie kann dieses Ziel erreicht werden?

Matin Qaim: Das nötige Produktionswachstum kann nicht immer weiter auf Kosten natürlicher Ressourcen – vor allem Land, Wasser und Biodiversität – gehen. Das heißt, wir müssen Wege und Möglichkeiten finden, mit weniger Ressourcenverbrauch mehr zu produzieren. Das erfordert die Ausnutzung moderner Wissenschaft und Technologie, vor allem im Bereich der Züchtungsforschung. Chemische Technologien sind weitgehend ausgereizt, aber genetische Verbesserung birgt nach wie vor ein großes Potenzial. Dieses muss durch konventionelle und biotechnologische Züchtungsmethoden ausgenutzt werden, was höhere Investitionen in die Agrarforschung voraussetzt.

bioSicherheit: Kann man mit gentechnisch veränderten Pflanzen höhere Erträge erzielen als mit konventionell gezüchteten Pflanzen? Können solche Pflanzen einen signifikanten Beitrag dazu leisten, die Produktion von Grundnahrungsmitteln in Entwicklungsländern zu steigern?

Matin Qaim: Ja, aus meiner Sicht ist das ganz klar. ...

Wichtig ist, dass eine Technologie wie Bt-Baumwolle tatsächlich auch von Klein- und Kleinstbauern angewendet wird und dass sie im Kleinbauernsektor deutlich höhere Erträge ermöglicht als konventionelle Baumwolle. Wir beobachten in Indien inzwischen über sieben Jahre hinweg durchschnittliche Ertragsvorteile von etwa 35 Prozent und eine Reduktion des Pestizideinsatzes um etwa 40 Prozent. Der Gewinn, der den Bauern bleibt, hat sich im Durchschnitt um 135 US-Dollar pro Hektar erhöht und das ist viel Geld für diese Kleinbauernfamilien.

Aus Ulli Kulke, „Bio kann die Welt nicht retten“, in: *Die Welt*, 13.5.2008⁶⁸

Die Bevölkerung wächst ungebremst: Mehr als 800 Millionen Menschen hungern. Ernteerträge leiden unter Krankheiten, Schädlingen, Dürre oder Kälte. Deshalb müssen wir widerstandsfähige Pflanzen züchten mit speziellen Merkmalen, meint der Agrarforscher Matin Qaim – und erklärt gegenüber WELT ONLINE, warum an der Gentechnik kein Weg vorbeiführt.

Qaim: Die Debatte über Patente kam erst in den 80er-Jahren auf, während der Grünen Revolution zahlte niemand für Patente auf Sorten. Heute ist das, ausgehend von den USA, anders.

WELT ONLINE: Zum Schaden der Kleinbauern?

Qaim: Ein Patent ist zunächst mal ein Anreiz, Forschung zu betreiben. Führt es zu Monopolen, kann es natürlich den Preis verfälschen. Ein Patent ist aber nationales Recht. Wenn Monsanto auf ein Getreide in den USA ein Patent hat, gilt dies noch lange nicht in China oder Indien, es sei denn, der Konzern hat dort ebenfalls ein Patent angemeldet und erhalten. Tatsache ist, dass die meisten gentechnisch veränderten Sorten in den Entwicklungsländern nicht patentiert sind. Das ist auch der Grund dafür, dass die Saatgutpreise günstig sind. ...

WELT ONLINE: Woher kommt die Abneigung gegen Gentechnik?

Qaim: Zum einen, weil sie sofort mit den multinationalen Konzernen in Verbindung gebracht wird. Gegen die herrscht breite Abneigung. Auch die Globalisierungskritik spielt eine Rolle. Leider stellen die Medien in ihrer Berichterstattung die Risiken um ein Vielfaches stärker dar als die Vorteile. Der Eingriff in ein Genom ist für den, der nicht viel davon versteht, eine unheimliche Vorstellung. Und Kritik daran ist politisch korrekt, auch deshalb ist sie so populär.

WELT ONLINE: Sind unter Ihren Studenten auch Fundamentalkritiker?

Qaim: Ja. Im studentischen Alter ist man besonders kritisch, und das ist auch gut so. Viele denken später anders, wenn sie mehr darüber erfahren. Wie ich selbst auch. Als ich mich 1996 an meine Dissertation setzte über die sozioökonomischen Auswirkungen von gentechnisch veränderten Pflanzen, ging ich mit einer ablehnenden Haltung daran. Das hat sich nun geändert.

Aus „Schwellenländer setzen auf gentechnisch veränderte Pflanzen“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 18.6.2009⁶⁹

Matin Qaim, Professor für Welternährungswirtschaft an der Universität Göttingen, ist nach eigenen Untersuchungen in Indien überzeugt, dass nach anfänglichen Schwierigkeiten die Bt-Baumwolle für Bauern in Indien gewinnbringend ist. Die Missernten in den ersten Jahren seien nur in manchen Gegenden Indiens aufgetreten. Dort seien nämlich für die dortigen klimatischen Bedingungen ungeeignete Bt-Baumwoll-Sorten angepflanzt worden. Dies sei allerdings kein Verschulden der Bauern gewesen, vielmehr habe es zunächst nur sehr wenige und nur für bestimmte Regionen geeignete Bt-Baumwoll-Sorten gegeben – die trotzdem überall propagiert worden seien.

Was ist von Qaims Zahlen über gutgehende Gentech-Landwirtschaft in Indien zu halten? Wer es genau wissen will, müsste wohl selbst vor Ort recherchieren. Denn Wissenschaft ist immer gerichtete Wissenschaft. Qaim ist mit seinen Forschungsergebnissen aber eher eine Außenseitermeinung – umso erleichterter wird er von der Gentechniklobby immer wieder zitiert und hofiert. Andere Studien bringen offenbar gegenteilige Ergebnisse:⁷⁰ „Die Kosten für den Anbau sind für die Bt-Bauern fast doppelt so hoch wie für die Bio-Bauern. Gleichzeitig gibt es keine signifikanten Unterschiede bei den Ernteerträgen.“

Überhöhte Forschung?

Dass eine Wissenschaft, solange sie Geld und Macht folgt, eine zentrale Rolle in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen spielt, ist bereits problematisch. Aber es geht darüber hinaus, wenn Wissenschaft den Anspruch vertritt, im Besitz der Wahrheit zu sein. Viele akzeptieren das, weil Forschung mit einer Scheinautorität aufgeladen wird. Ähnlichkeiten zwischen heutiger Wissenschaft und der Logik von Religionen sind da unübersehbar.

Aus Richter, Horst-Eberhard: „Niederlage des Intellekts“, in: *Freitag*, 23.7.2004 (S. 3)

Schon Francis Bacon hatte zum Anbeginn der neuzeitlichen Naturwissenschaft als deren Ziel die grenzenlose Herrschaft des Menschen genannt. Ein Fortschritt der Erkenntnis bis zu dessen Selbstvergöttlichung hatte Descartes vorgeschwebt. In puncto Allmacht hat dieser Fortschritt dem Menschen nunmehr die furchtbare Chance vermittelt, seine Herrschaft als grenzenlose

Wohlfahrtseffekte von HT Soja

	Mio. US\$	Nutzenverteilung		
		Sojaproduzenten	Konsum und Verarbeitung	Monsanto
Weltweit	2388	28%	50%	22%
USA	787	21%	22%	57%
Südamerika	870	86%	5%	9%
Übrige	731	-\$250	\$981	\$0

Quelle: Aktualisiert nach Qaim und Traxler (2005).

Abb. Folien von Matin Qaim im Vortrag auf dem InnoPlanta-Forum am 6.9.2010 (www.innoplanta.de/fileadmin/user_upload/Pdf/Pdf_InnoPlanta-Forum/InnoPlantaForum_2010_Qaim.pdf)

Schlussfolgerungen

1. Bisherige Anwendungen der Grünen Gentechnik bieten deutliche Vorteile, sowohl in IL als auch in EL.
2. In EL sind die Vorteile für die Bauern sogar größer.
3. Speziellere Aussagen müssen differenziert werden (nach Einzeltechnologie / institutionellen Details).
4. Bisherige Beispiele sind noch begrenzt. Das Potential ist deutlich größer als das, was bisher realisiert wurde.
5. Die schrumpfende öffentliche Förderung ist bedenklich.
6. Akzeptanzprobleme und Überregulierung erschweren Technikentwicklung. Hauptleidtragende könnten die ärmsten Länder sein.

67 www.biosicherheit.de/debatte/643.beobachten-baumwolle-mais-gerade-entwicklungslaendern-ertragsvorteile-vierzig-prozent.html

68 www.welt.de/wissenschaft/article1989816/Bio_kann_die_Welt_nicht_rennen.html

69 www.nzz.ch/nachrichten/international/schwellenlaender_setzen_auf_gentechnisch_veraenderte_pflanzen_1.2762130.html

70 Aus „Bt-Baumwolle: Schlechte Wahl für Bauern in Süd-Indien“, in: Pestizid-Brief Juli/August 2010 (S. 5)

atomare Zerstörung der Natur und des eigenen Geschlechtes auszuüben. Das ist zustande gekommen, weil sich die westliche Menschheit dem geheimen Machtwillen der Naturwissenschaft wie einer neuen Religion unterworfen hat. Die gläubige Ergebenheit des Mittelalters ist also nicht – wie oft behauptet – einer aufgeklärten Mündigkeit gewichen, sie hat vielmehr in einer mit der Naturwissenschaft eng verbundenen Ersatzreligion neuen Halt gesucht und gefunden. Das hat der Computer-Wissenschaftler Joseph Weizenbaum so prägnant wie kein anderer beschrieben: „Ich meine wirklich, dass die Naturwissenschaft, in den westlichen Ländern jedenfalls, heute alle Merkmale einer organisierten Religion hat. Da gibt es Novizen, das sind die Studenten an den Universitäten. Da gibt es Priester, das sind die jungen Professoren. Dann gibt es Monsignoren, das sind die älteren. Es gibt Bischöfe und Kardinäle, und es gibt Kathedralen. Meine eigene Universität, das Massachusetts Institute of Technology (MIT), ist eine Kathedrale in der Naturwissenschaft. Es gibt sogar Päpste, und auch - das ist sehr wichtig – Häretiker. Die Häretiker werden bestraft, genau so wie die Häretiker einer alten Religion. Sie werden ausgestoßen. Und wenn man schließlich als Häretiker anerkannt ist, dann wird auch behauptet: Der war doch nie ein richtiger Wissenschaftler! Das alles gibt es. Und dann gibt es die große Masse der Gläubigen. In diesem Sinn besteht überhaupt kein Unterschied zwischen Naturwissenschaftsglauben und dem Glauben an die Lehre der katholischen Kirchen im Mittelalter.“

Von der Masse ihrer Gläubigen bestärkt, sind Naturwissenschaftler und Ingenieure nun unentwegt dabei, alles Machbare auch zu machen beziehungsweise machen zu lassen. Max Born, Freund Einsteins und wie dieser Physik-Nobelpreisträger, erklärt unumwunden: „Die politischen und militärischen Schrecken sowie der vollständige Zusammenbruch der Ethik, deren

Zeuge ich während meines Lebens geworden bin, sind kein Symptom einer vorübergehenden sozialen Schwäche, sondern notwendige Folge des naturwissenschaftlichen Aufstiegs – der an sich eine der größten intellektuellen Leistungen der Menschheit ist.“

Zocken, Vertuschen, Fälschen: Die deutschen Universitäten

Hauptorte wissenschaftlicher Diskursbildung und praktischer Forschung sind die Hochschulen. Wer sich einen Eindruck von der Lage in den biologischen und agrarwissenschaftlichen Fakultäten, den Zentren agro-gentechnischer Forschung und Lehre, machen will, dem sei empfohlen, doch einfach mal in so eine Universität hineinzuspazieren. Wenn Sie nicht gerade als KritikerIn der Agro-Gentechnik bekannt sind, niemand wird Sie aufhalten. Schlendern Sie durch die Flure und schauen Sie, was Sie da so finden: Werbesprosperkte, Firmenplakate, Jobangebote, einseitige Lehrveranstaltungen. Das ist an den meisten Orten beeindruckend und am Beispiel des IFZ in Gießen und der dort arbeitenden Genversuchsleiter Kogel und Friedt mit Fotos und Texten im Internet dokumentiert⁷¹ (siehe auch Kapitel X zum Gengerstefeld).

Natürlich sind die Gießener Agro-Gentechniker kein Einzelfall. Im Gegenteil: Uni-Profis sind heute überall „**Kleinmanager, der seine eigene Arbeitseinheit verwaltet und sich ständig durch das Nachliefern von Drittmittelprojekten versorgt**“ – PR-AgentInnen und LobbyistInnen auf der Suche nach frischem Geld, die „**zu eigener, autonomer Forschung gar nicht mehr in der Lage sein**“ werden.⁷²

Ein wichtiger Knotenpunkt der deutschen Gentechnikseilschaften ist die Biologie der RWTH Aachen. An der dortigen Uni gibt es gar keine landwirtschaftliche Fakultät, aber dennoch prägt ein Clan von Leuten aus der RWTH das behördlich-staatliche Geschehen zur Gentechnik in Deutschland. Ziehvater ist Prof. Ingolf Schuphan, der auch wichtige staatliche Forschungsprogramme zur Gentechnik koordiniert, u.a. die Auskreuzungsforschung. Das ist schon allein fragwürdig, weil es für ihn da nichts zu forschen gibt – seine Meinung pro Gentechnik stand von Anfang an fest. Folglich ergaben alle Forschungen in diesem Bereich aus seiner Sicht auch immer das gleiche Ergebnis.

Aus einem Interview auf www.biosicherheit.de⁷³

Schuphan: Zunächst einmal: Unsere Ergebnisse weisen darauf hin, dass ein Monitoring eigentlich nicht nötig ist, da eben keine schädlichen Auswirkungen des Bt-Mais nachweisbar waren. ...

Wenn es Bt-Effekte auf die Agro-Biodiversität geben sollte, dann sind sie zufallsbedingt und am Rande der Nachweismenge.

Weiteres Interview auf www.biosicherheit.de⁷⁴

Ingolf Schuphan: Im Herbst, wenn sich die Kraniche vor dem Wegzug sammeln, ist es denkbar, dass einzelne Kraniche auf abgeernteten Feldern auch Maiskörner aufnehmen. Dies ist schon wegen der geringen Menge ohne Bedeutung. Außerdem ist aus Fütterungsversuchen bekannt, dass Bt-Protein keine Wirkung auf Vögel hat. ...

Unsere Forschungsergebnisse zeigen ganz klar, dass der Anbau von Bt-Mais MON810 keine nachteiligen Wirkungen auf den Naturhaushalt hat.

71 www.projektwerkstatt.de/gen/kogel.htm

72 Axel Honneth, Direktor des Instituts für Sozialforschung, in: Freitag, 3.8.2007 (S. 11)

73 www.biosicherheit.de/de/mais/oekosystem/341.doku.html

74 www.biosicherheit.de/de/mais/oekosystem/626.doku.html

Gedanken zu Herrschaft und Technik

Technikentwicklung und Projektrealisierung finden auch in herrschaftsfreien Zeiten statt. Sie nehmen aber eine andere Richtung, weil sie auf anderen Logiken basieren. Realisiert wird, an was Menschen interessiert sind – und zwar von sich aus, nicht aus dem Zwang zur Verwertung oder dem Willen zur Beherrschung anderer. Weil sie ihr Wissen nicht von anderen abschotten können, ist jede Erfindung oder Entwicklung potentiell für alle gut. Und weil das unmittelbar einleuchtend ist, wird auch das Interesse steigen, dass Wissen sich austauscht und verbreitet – was wiederum fördert, dass horizontale Kommunikationssysteme entstehen. Denn: Nur unter Profit- und Machtgesichtspunkten ist es vorteilhaft, wenn Wissen gehortet, patentiert oder geheimgehalten wird. Das steigert den Preis oder Herrschaftsnutzen. ... Ist das Wissen aber frei, wird jedeR ErfinderIn schnell Verbesserungsvorschläge erfahrung und wiederum bei anderen abgucken können. Es ist besser für jede Person, wenn sich jede andere Person auch voll entfalten und maximal viele gute eigene Gedanken entwickeln kann.

Was herauskäme, wäre ein grandioser Schub an Technikentwicklung für ein besseres Leben. Und das schnelle Ende der Entwicklung von Technik für mehr Profite. Statt Kraftwerken oder Windparks, die ja wegen des dann erzwungenen Stromvertriebs über den Markt vor allem aus Profitinteressen groß und zentral entstehen, wird es viele kleine, aber technisch sehr fortschrittliche Lösungen geben, deren Ziel es ist, dass die Menschen es gut haben: Warm in den Räumen, schlaue Geräte am Stromnetz, arbeitssparende und hoch-effiziente Verwertung von Fäkalien und Abfällen usw. Um Totalausfälle zu vermeiden, lohnt sich ein Verbund zwischen den verschiedenen Organisationseinheiten, deren Grenzen ohnehin nicht scharf gezogen sind – warum sollte daran jemand Interesse haben?

Alles basiert in einer herrschaftsfreien Welt auf Interessen der Menschen selbst. Sie werden eine Mobilität entwickeln, die ihren Wünschen entspricht: Reisen zu können (viele Menschen haben Lust auf Mobilität, daher werden Methoden des Vorankommens entstehen), ohne Lebensqualität zu verlieren (viele Menschen werden Lust auf lärm- und gestankarmes Le-

ben haben, Kinder und Erwachsene wollen vor der Haustür spielen, daher wird die heutige Form der mit Zwang durchgesetzten Auto-Mobilität keine Chance haben). Was wird entstehen? Schwebelbahnen wie in Wuppertal? Das ist schwer vorherzusagen. Wir sind von dieser Welt weit entfernt. Nur eines dürfte klar sein: Eine herrschaftsfreie Welt ist keine antitechnische Welt. Ganz im Gegenteil: Die Produktivkraft wird steigen, wenn die Menschen für ein besseres Leben tätig werden. Auch wenn sie (was zu erwarten ist) viel mehr das bessere Leben genießen wollen – sie werden viel produktiver, einfallsreicher und kommunikativer agieren. Weil es ihnen hilft! Der Egoismus in Form des Willens zu einem besseren Leben, treibt die Produktivität und den Erfindungsreichtum der Einzelnen an, führt aber ebenso zu viel Kooperation und zum Wunsch, dass sich andere auch entfalten, weil das von ihnen Erschaffene genutzt, kopiert und weiterentwickelt werden kann.

Auszug aus der Internetseite zu emanzipatorischer Gentechnikkritik (www.projektwerkstatt.de/gen/emanz_kritik.htm).

Abstandsflächen zu Naturschutzgebieten sind nicht nötig. Die im Gentechnik-Gesetz vorgeschrieben Mindestabstände von 150 bzw. 300 Metern dienen ausschließlich dazu, Auskreuzungen in benachbarte konventionelle Maisbestände zu minimieren.

Seit 2008 führt die RWTH Aachen zusammen mit dem Bundesinstitut vTI auf dessen Gelände westlich von Braunschweig Versuche zur Wirkung von gentechnisch verändertem Mais auf verschiedene Tiere durch. In den Köpfen der Versuchsbetreiber stand das Ergebnis aber offenbar schon vorher fest (siehe Abschnitt zur Biosicherheitsforschung). Rauschen und Schuphan schlugen vor, Äcker mit gv-Pflanzen zur Energiegewinnung zu nutzen – und zwar auch gleich mit Gentechnik.⁷⁵ Rauschen räumte 2009 freimütig ein, zur Gentechnikforschung keine Alternative zu haben – aus finanziellen Gründen.⁷⁶

Aus dem Aachener Dunstkreis sind etliche Personen in die Welt gezogen und haben andernorts wichtige Posten in der Agro-Gentechnik übernommen. Darunter sind Detlev Bartsch, stellvertretender Chef der Gentechnikbehörde am BVL sowie Gutachter an der EFSA, und Achim Gathmann, jetzt auch am BVL tätig. Die beiden zentralen Personen der Gerstenversuche in Gießen, Prof. Kogel und Dr. Gregor Langen, waren beide an der RWTH tätig. Neben Schuphan und Rauschen ist Rainer Fischer⁷⁷ eine zentrale Person im Aachener Gentechnik-Filz.

Noch ein Beispiel: Die Uni Mainz. Zusammen mit der FDP-Stiftung führt sie eine Veranstaltung⁷⁸ durch unter dem Titel „Grüne Gentechnik: Chance oder Risiko?“. Der Mediziner Prof. Dr. Theodor Junginger lud ein, der Theologe Prof. Dr. theol. Gerhard Kruip vom Lehrstuhl für Anthropologie und Sozialethik verströmte als williger Moderator einer völlig einseitigen Veranstaltung den Geruch von Scheindebatten. Als Diskutanten waren ausschließlich Gentechnikbefürworter und -anwender anwesend: Prof. Heinz Saedler und Dr. Stefan Marcinowski. Ersterer arbeitet als Direktor der Abteilung „Molekulare Pflanzengenetik“ am Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln, das den ersten Freilandversuch in Deutschland mit transgenen Petuniapflanzen durchführte. Der zweite Diskutant ist Mitglied des Vorstands der BASF und trägt dort die Verantwortung für die Bereiche Pflanzenschutz und Pflanzenbiotechnologie. Er ist zudem – wie praktisch bei diesem Podium – Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft.

Die Aufzählung aus dem Innenleben der Universitäten ließe sich beliebig fortsetzen. Das Problem sind jedoch nicht die Einzelfälle, sondern das zugrundeliegende System. Es geht um die Frage, welchen Zielen Forschung dienen soll. Viele spektakuläre Erfindungen der Vergangenheit stammen aus der Kreativität von Menschen, um ihr Leben zu verbessern oder von ihnen erkannte bzw. direkt erlebte Probleme zu lösen. Erste Ideen können dann von anderen weiterentwickelt und stets verbessert werden, wenn keine Interessen zur wirtschaftlichen Verwertung den Zugriff auf das Erfundene verbauen. Entwickelergeist, der Profit oder Macht steigern soll, tickt anders. Hier zählt nicht der Nutzen für ein besseres Leben oder konkrete Menschen, sondern für Monopole und Profite. Die aber stehen menschlichen Bedürfnissen und dem Schutz der Natur fast immer konträr entgegen, denn die Ausbeutung menschlicher Arbeits- und Kaufkraft sowie die geldsparende Verwertung natürlicher Ressourcen sind zentrale Quellen des Profits. Folglich werden Erfindungen und tech-

nischer Fortschritt, die dem Anhäufen von – möglichst monopolisiertem – Kapital und Gewinnen dient, regelmäßig Mensch und Natur schaden. Das ist kein böser Wille forschender Menschen, sondern System! EntwicklerInnen in Firmen sind dem genauso unterworfen wie die ForscherInnen an Universitäten, die durch ihre Abhängigkeit von Förder- und Firmengeldern nur noch ein Rädchen in dieser Logik sind. Da können sie von Forschungsfreiheit reden, soviel sie wollen. Diese gibt es in einer solchen Forschungslandschaft nicht. Die sich als frei und unabhängige gebärdenden WissenschaftlerInnen sind nichts als willige VollstreckerInnen in der großen Maschine von Profit und Macht. Sie ahnen es. Ihr Gezeter um die Freiheit der Forschung ist das sprichwörtliche Pfeifen im Walde.

Hinzu kommen vielfältige persönliche Verstrickungen der WissenschaftlerInnen in den Netzwerken der Agro-Gentechnik. So ist Hans-Jörg Jacobsen (Uni Hannover) Mitglied bei den Lobbyisten WGG und PRRI, zudem sitzt er in der Inno-Planta-Jury. Karl-Heinz Kogel (Uni Gießen) beantragte aus dem Biosicherheitstopf Fahrtkosten für Besuche beim Lobbyverband BDP. Seine Versuche mündeten in Patente mit der BASF. Inge Broer (Uni Rostock) darf als Spitzenreiterin aller PostenjägerInnen gelten – sie sitzt in Firmen, Lobbyverbänden und Regierungskommissionen, zudem hält sie Patente mit Bayer. Prof. Andreas Schier von der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen ist Vorstand beim Lobbyverband WGG.⁷⁹

Forschungszentren, Institute und andere Seilschaften

Bleiben noch die großen Forschungsinstitute und -gemeinschaften des Landes – überwiegend mit dunkler (Nazi-)Vergangenheit. Ihre ForscherInnen sitzen in Lobbyverbänden, kassieren Steuergelder in Millionenhöhe und haben sich immer wieder als skrupellose Geschäftemacher und Vertuscher gezeigt. Oft sind sie Teil der Seilschaften und geben der Gentechnik einen pseudo-wissenschaftlichen Anstrich. Durch ihre Beratungstätigkeit erscheinen Genehmigungen seriös und neutral. Aus der Fülle der Verstrickungen und ideologischen Äußerungen seien Beispiele herausgegriffen:

- Helmholtz: Als ehemaliger Träger des Skandal-Atomüllagers Asse haben HelmholtzlerInnen Übung in Lügen, Vertuschen und Skrupellosigkeit. Wo es Forschungsgelder gibt, sind sie dabei. So auch in der Agro-Gentechnik. Ihre Voreingenommenheit zeigten sie durch einen Aufruf zur Nutzung der Gentechnik⁸⁰ und das Werbeheft „mensch + umwelt spezial“ zur Agro-Gentechnik.⁸¹
- Max-Planck-Institut: Das große Forschungsinstitut warb ebenfalls offensiv für die Agro-Gentechnik im Rahmen einer Kampagne der Chemiewirtschaft: „**Nicht kommentieren will die Regierung Äuße-**



Aachener Wissenschaftler unterstützen die Werbepattform TransGen, die in ihrem Umfeld gemacht wird: Schuphan (oben) und Rauschen (unten).

Ich nutze transgen.de.

» 10 Jahre transgen.de, 10 Jahre aktuelle Berichterstattung von Tagesgeschehen, Entscheidungen und Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse im Bereich der modernen Biowissenschaften, der gentechnisch veränderten Organismen. Für mich als Hochschullehrer stellt transgen.de für Forschung und Lehre eine immer verfügbare und verlässliche Informationsquelle dar. Das Wissen, die Gewissheit zu haben, vor Vorträgen, Vorlesungen oder Interviews, Neues aktuell zusammengefasst vorzufinden, zurückliegende Daten, Entschuldigungen und Ergebnisse kurzfristig auffrischen zu können, ist eine immer wiederkehrende beruhigende Erfahrung. Ich danke den Mitarbeitern von transgen.de für dieses aktuelle elektronische Lexikon.



Ich nutze transgen.de

» weil es eine seriöse Quelle und die Plattform interessanter und sehr lebhafter Diskussionen verschiedener Interessierter über und zum Thema Gentechnik ist, welche ich als Wissenschaftler gerne nutze und annehme.

75 Stefan Rauschen/ Ingolf Schuphan, 2006, „Bt-Mais in die Biogasanlage? Nach der Vergärung nur noch Spuren des transgenen Proteins vorhanden“, in: Mais 33, 126-127

76 www.scienceblogs.de/alles-was-lebt/2009/04/personliche-erfahrungen-in-der-deutschen-biosicherheitsforschung-interview-mit-dr-stefan-rauschen.php

77 www.the-scientist.com/templates/trackable/display/supplementarticle.jsp?name=nr&id=55593

78 www.fnst-freiheit.org/uploads/471/1320/Grüne_Gentechnik_Mainz_13.01.10_Vorlage.pdf

79 www.wgg-ev.de/der-verein/vorstand/

80 www.helmholtz.de/aktuelles/pressemitteilungen/artikel/detail/gemeinsame_erklaerung_der_wissenschaftsorganisationen_zur_gruenen_gentechnik-2/

81 Download über www.helmholtz-muenchen.de/publikationen/mensch-umwelt-spezial/heft-17-gruene-gentechnik-in-forschung-und-anwendung/index.html

rungen des Direktors des Max-Planck-Instituts, Professor Heinz Saedler, der in einer Anzeigenkampagne der Chemie-Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft mbH beklagte habe, dass die restriktive Genehmigungspraxis für Freisetzungsvorhaben das Institut daran hindern würde, gentechnisch veränderte Pflanzen zu entwickeln“, hieß es im deutschen Bundestag.⁸² Ursula Ross-Stiitt vom Institut für Molekulare Pflanzenphysiologie in Golm ist Mitglied im Vorstand des Lobbyvereins WGG.⁸³

- ▶ Fraunhofer-Institut und sein IME (Institut für Mikrobiologie und angewandte Ökologie): Deutliche Worte finden sich im IME-Jahresbericht 2007: „Mit den Arbeitsgebieten in der ‚Molekularen Biotechnologie‘ bietet das IME der Pharma-, Agro- und Ernährungsindustrie eine auf die Auftragsforschung hin angelegte Einheit an, die Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, sowie Serviceaufgaben übernimmt. Dadurch sollen die Markteinführung neuer Produkte und Verfahren beschleunigt, neue Querschnittstechnologien entwickelt und durch eigene Schlüsselpatente abgesichert werden.“ (S. 8 zu Molekularbiologie). Dann folgen Angaben zur Zusammenarbeit mit der Industrie (S. 78): „Im Berichtsjahr bestanden Kooperationen mit mehr als 90 nationalen und internationalen Kunden aus der Industrie sowie mit mehreren internationalen Industrieverbänden, für die vertrauliche Projekte durchgeführt wurden. 2007 wurden insbesondere die Geschäftsbeziehungen zu Firmen aus der pharmazeutischen Industrie und zu Biozid-Produzenten ausgebaut. Dabei konnten auch Kunden in den neuen EU-Beitrittsländern gewonnen werden.“ Ähnliches zeigt sich unter dem Punkt Haushalt (S. 28): „Die Erträge konnten auf 8,8 Mio. Euro gesteigert werden (+10% im Vergleich zum Vorjahr). Der Industrieertragsanteil betrug 34%.“ Das Kuratorium des IME liest sich wie ein Who-is-who der Seilschaften: Prof. Dr. Dieter Berg (Bayer CropScience AG, Monheim) als Vorsitzender, Dr. Erich Dorn (Bayer CropScience AG, Monheim), Dr. Gerhard Görlich (Bayer CropScience AG, Monheim), Dr. Rolf Günther (Altona Biotech, Hamburg), Prof. Dr. Fritz Kreuzaler (RWTH Aachen), Dr. Manfred Lefèvre (Syngenta Agro GmbH, Frankfurt), Dr. Jürgen Oldeweme (BASF AG, Limburgerhof), Prof. Dr. Burkhard Rauhut (Rektor, RWTH Aachen), Dr. Thomas Reichelt (Bundesministerium der Verteidigung), RegDir Dr. Jürgen Roehmer-Mähler (Bundesministerium für Bildung und Forschung), Prof. Dr. Joachim Schiemann (Julius-Kühn-Institut), Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzenforschung (Braunschweig), MinDirig Karl Schultheis (Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf), Dr. Klaus G. Steinhäuser (Umweltbundesamt, Berlin) und Dr. Walter Sterzel (Henkel KGaG, Düsseldorf).

Bleibt noch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), der große Sponsor deutscher Forschung im nationalen Standortinteresse. Besetzt ist sie ebenso einseitig wie ZKBS und BVL. So sind auch hier Mitglieder der Senatskommission für Grundsatzfragen der Genforschung ein Spiegelbild der Gentechnikeischaften: Prof. Dr. Christopher Baum (Medizinische Hochschule Hannover, Abteilung Experimentelle Hämatologie), Prof. Dr. Thomas Braun (Max-Planck-Institut für Herz- und Lungenforschung, Abteilung für Entwicklung und Umbau des Herzens), Prof. Dr. Bärbel Friedrich (Humboldt-Universität zu Berlin, Vorsitzende des Insti-

tuts für Biologie), Prof. Dr. Jörg Hinrich Hacker (Robert Koch-Institut), Prof. Dr. Christian Katzenmeier (Universität zu Köln, Institut für Medizinrecht), Prof. Dr. Klaus-Peter Koller (Sanofi-Aventis Deutschland GmbH, S&MA), Prof. Dr. Barbara Reinhold-Hurek (Universität Bremen, Laboratorium für Allgemeine Mikrobiologie), Prof. Dr. Uwe Sonnewald (Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Biochemie), Prof. Dr. Klaus Tanner (Universität Heidelberg, Theologische Fakultät), Prof. Dr. Angelika Vallbracht (Universität Bremen, Zentrum für Umweltforschung und Umwelttechnologie), Prof. Dr. Eckhard Wolf (Universität München, Genzentrum-Laboratorium für molekulare Biologie) und als ständiger Gast Prof. Dr. Gerd Utermann (Institut für Medizinische Biologie und Humangenetik).

Fachgespräch „Schwellenwerte für Produkte aus gentechnisch veränderten Pflanzen“ der DFG (30. + 31. August in Bonn)⁸⁴
Mitglieder und ständige Gäste der Senatskommission: 4 Leute, davon 2 der Uni Gießen: Prof. H.G. Frede (Vors.), Prof. Kogel
Weitere Gäste: Mehrere, u.a. Buhk, Bartsch, Jany, Schiemann.

Zur DFG auf „Save our Seeds“ (taz-Blog)⁸⁵
Die DFG ist die „Selbstverwaltungseinrichtung“ der Wissenschaften, die rund 2 Milliarden Euro jährlich an öffentlichen Mitteln vergibt, ein Herren-Club der alten Schule (an Frauen⁸⁶ gehen in den „Lebenswissenschaften“ Biologie, Medizin und Landwirtschaft ganze 20%, in den restlichen Naturwissenschaften 7,4% der Mittel), in dessen Struktur⁸⁷ man vergebens nach irgendeiner Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Formulierung von Forschungszielen und Schwerpunkten sucht. Folgerichtig sucht man in ihren Förderschwerpunkten für den ohnehin sträflich unterbelichteten Landwirtschaftsbereich auch vergebens nach anderem als ... Gentechnik. Methoden des ökologischen Landbaus gelten hier nach wie vor wohl als unwissenschaftlich.

Sicherheitsforschung: Versuchsfelder unter grünem Deckmantel

Die biologische Sicherheitsforschung bildet einen Schwerpunkt des Förderungsprogramms landwirtschaftlicher Gentechnik durch das BMBF. Viele Versuchsfelder haben sich in den vergangenen Jahren unter dieses Dach gemogelt, um Förderungen zu erhalten. Die grüne Landwirtschafts- und Verbraucherministerin Renate Künast akzeptierte das Programm, dessen Name die tatsächlichen Interessen aber verschleierte. Ein Blick in den Koalitionsvertrag von 2002 zeigte schon vorher deutlich, dass es darum ging, „das Potenzial der Biotechnologie zu nutzen und die Wettbewerbsfähigkeit des Biotechnologiestandortes Deutschland zu sichern und auszubauen.“ Im Ergebnis kam es zu vielen Umdeklarationen. Versuche zur Entwicklung neuer Produkte und Methoden wurden als Sicherheitsforschung bezeichnet, um Akzeptanz für die Gentechnik und Zugänge zu den Fördermitteln zu schaffen. Genaue Zahlen zu Förderhöhen sind schwierig, da in vielen Projekten die Grenze zwischen Forschung zur Sicherheit von gv-Pflanzen einerseits und der Produkt- oder sogar Methodenentwicklung andererseits fließend verläuft. 2005 bis 2008 wurden nach Angaben der Bundesregierung⁸⁸ 24 Forschungsprojekte mit gv-Pflanzen gefördert. 21,5 Mio. € kamen vom BMBF,

82 www.bundestag.de/aktuell/hib/2007/2007_219/01.html

83 siehe Fußnote 79

84 Quelle: Akte der Versuchsleitung zum Gengerstenfeld bei der Uni Gießen (IPAZ)

85 http://blogs.taz.de/saveourseeds/2009/10/14/akademien_oder_lobby-vereine/

86 www.dfg.de/dfg_im_profil/zahlen_und_fakten/statistische_diagramme/diagramme_frauenfoerderung.html

87 www.dfg.de/dfg_im_profil/struktur/

88 Bundestagsdrucksache 16/6208 und in Lorch/Then, S. 56 f.

3,7 Mio. € vom BMELV. Ein Anteil von 3,3 Mio. Euro ging ungeschminkt in Pflanzenentwicklung⁸⁹. Demgegenüber wurden bis 2008 keine Bundesmittel für Fragen zum flächendeckenden Auskreuzungsmonitoring oder zur Untersuchung der Wirkung von gv-Pflanzen auf bzw. Ausbreitung durch Bienen bereitgestellt. Sollte hier lieber nicht hinguckt werden?

In den Folgejahren hielt der hohe Mittelfluss an.⁹⁰ Erkennbar wurde bei der Fördermittelverteilung, dass die begleitende Propaganda einen wichtigen Schwerpunkt bildete. Teile der Förderungen gingen direkt an forschungsbegleitende Internetportale. Die Webseite www.biosicherheit.de⁹¹ besteht seit 2001 und wurde 2004 bis 2010 durch das BMBF als „**Kommunikationsmanagement in der biologischen Sicherheitsforschung**“ mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 1.858.000 € gefördert.⁹² Auf ihr werden vor allem Ergebnisse von BMBF-Projekten zur Gentechnikforschung und Ergebnisse des EU-Projekts BIOSAFENET (Schiemann) sowie aktuelle Nachrichten und Hintergrundberichte dargestellt. Das redaktionelle Team besteht aus Kristina Sinemus, Klaus Minol und weiteren MitarbeiterInnen der Firma Genius, Gerd Spelsberg und weiteren Angestellten bei TransGen sowie zwei Bediensteten des TÜV NORD. 1.230.000 € der Fördergelder gingen an diese drei Firmen, die sich sich mehr oder weniger offen für die Gentechnik aussprechen und ein finanzielles Interesse an der Anwendung von Gentechnik haben, weil sie an der Begleitarbeit verdienen. So sind Genius und TÜV NORD Mitglied des Wirtschaftsverbandes BIO Deutschland.⁹³ Der TÜV NORD bietet Serviceleistungen bei der Betreuung gentechnischer Anlagen und der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen sowie Hilfe bei der Planung, Vermittlung und Durchführung freisetzungsbegleitender Sicherheitsforschung oder zum Monitoring an. Hier betreiben also die AnwenderInnen auch die Vermittlung ihrer Ergebnisse und steuern die Propaganda über die Sicherheit solcher Produkte.

Die Ausbildung von VersuchsleiterInnen und Beauftragten für biologische Sicherheit übernehmen ebenfalls Firmen und Organisationen, die einseitig pro Gentechnik stehen. Eine davon ist DEHEMA. Deren Vorsitzender sagte in einer Rede: „**Wenn sich Politiker zu nachwachsenden Rohstoffen bekennen und gleichzeitig die Anwendung der Grünen Gentechnik blockieren, dann ist das entweder Dummheit oder Verantwortungslosigkeit. Beides ist nicht tolerabel.**“ Er kritisierte dann die vermeintliche „**Blockade der Grünen Gentechnik**“ in Deutschland: „**Länder wie China und Indien, die zusammen die halbe Weltbevölkerung stellen und diese ernähren müssen, können und werden es sich nicht leisten, fahrlässig auf die Chancen der Grünen Gentechnik zu verzichten. Verantwortung wahrnehmen hieße deshalb für uns, in der Entwicklung und Anwendung einer sicheren Grünen Gentechnik eine Vorreiterrolle zu besetzen und dieses Wissen anderen Ländern zur Verfügung zu stellen.**“⁹⁴

Viele als Sicherheitsforschung deklarierten Versuche diene der Produktentwicklung und damit am Ende den Konzernen. So beantragte Monsanto für 2009 bis 2012 eine Freisetzung in Üplingen mit dem gleichen Maishybrid MON 89034 x MON 88017, den auch die RWTH Aachen auf einem aus dem Sicherheitsprogramm finanzierten Feldversuch (2008-2010) in Braunschweig ausbrachte. Monsanto: „**Im Rahmen der beantragten Freisetzung sollen die agronomischen Eigenschaften der gentechnisch veränderten Maislinien MON 89034 x MON 88017 und**

MON 89034 x NK603 sowie der zu Grunde liegenden Elternlinien geprüft und mit denen anderer konventioneller und gentechnisch veränderter Hybriden verglichen werden.“ Monsanto's Ziel, „**zulassungsrelevante Daten und Anwendungsempfehlungen zum Einsatz glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel für die Anwendung**“ im Freilandversuch zu erarbeiten, verfolgten auch die RWTH Aachen und das vTI. Der staatsfinanzierte Sicherheitscheck half also dem Konzern, blieb aber riskant für Mensch und Umwelt, denn beim RWTH-Versuch sei „**ein Eintrag von gentechnischen Veränderungen in konventionelle Sorten eine mit der Freisetzung in Kauf genommene und genehmigte Folge einer Freisetzungsgenehmigung**“.⁹⁵

Alle Versuche zur Biosicherheit werden von ForscherInnen durchgeführt, die vorher schon das Ergebnis kannten – nämlich, dass ihre untersuchte Pflanze sicher ist. Beim geschilderten Maisversuch im Westen Braunschweigs verkündete Versuchsleiter Stefan Rauschen per Brief am 13.3.2009, also vor dem zweiten Versuchsjahr:⁹⁶ „**MON810 ist wiederholt in seiner Sicherheit bewertet worden. Danach ist Pollen von MON810 im Honig genauso unbedenklich, wie der von jeder anderen zugelassenen Maissorte auch. Ich finde es in diesem Zusammenhang unredlich, davon zu sprechen, von diesem Pollen könne eine Gefahr für den Verbraucher ausgehen. Das ist abwegig.**“

Die Einseitigkeit sogenannter Sicherheitsforschung entpuppte sich auch auf dem Abschlusspodium des dreijährigen EU-Sicherheitsprogramm für Gentechnik am 29.6.2009 in Berlin. Geworben wurde mit dem Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Doch wer auf das Programm schaute, erkannte schnell, dass für die TeilnehmerInnen mal wieder nur die Rolle der Fragenden übrig bleiben sollte. Dass eine Quoten-Gegnerin vom NABU mit auf dem Podium saß, entsprang eher der üblichen Neigung bei Umweltschützern, bei jeder noch so sinnlosen Möglichkeit auf den Bühnen und an den Tischen der Eliten dabei sein zu wollen. Zudem hatte der NABU nie die Notwendigkeit von Sicherheitsforschung in Frage gestellt, lag also gar nicht auf Gegenkurs zu den VeranstalterInnen.

Prof. Michael Krawinkel von der Fakultät Ernährungswissenschaften der Uni Gießen war da deutlicher: Er bezeichnete die Risikoforschung in einem Vortrag am 13.7.2010 als falsche Schwerpunktsetzung in der Forschung. Für eine sichere Nahrungsmittelversorgung sei es viel effizienter, Methoden zu entwickeln, um z.B. die hohen Nachernteverluste zu minimieren. Riesige Forschungskapazitäten in die Agro-Gentechnik zu stecken, helfe nur den Konzernen, nicht aber der Ernährungssicherheit.

Informationsdienst Gentechnik am 25.5.2009⁹⁷

Welche Signale die Ministerin schon in Millionenhöhe an die Forschung setzt, macht nun die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Grünen deutlich: Allein rund 5 Millionen Euro gehen an die Privatindustrie für die Entwicklung von gentechnisch veränderten Pflanzen. Unter den Empfängerfirmen ist beispielsweise BASF, die mit über einer Million Euro pilzresistenten Weizen entwickelt. Auch aus dem Budget der „Biologischen Sicherheitsforschung“ gehen 3,3 Millionen Euro an Projekte, bei denen Gentechnik-Pflanzen entwickelt werden. Das „Kommunikations-

ABLAUF	
Programm	
<ul style="list-style-type: none"> • Begrüßung • Erleuchtung und Vorstellung der Diskussteilnehmer • Eingangstatements der Diskussteilnehmer • Diskussion • Fragen des Publikums an die Diskussteilnehmer 	
Diskussionsteilnehmer	
Dr. Ralf-Michael Schmidt Vizepräsident der BASF Plant Science (BFS) GmbH, Ludwigshafen	Prof. Dr. rer. nat. Joachim Schiemann Julius-Köhne Institut (JKI), Bundesforschungsanstalt für Kulturpflanzenforschung - Institut für Epidemiologie und Pathogenbiologie im Pflanzenschutz, Braunschweig
Dr. Arnold Sauler Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB), Berlin	Dr. Stelli Ober Naturschutzbund (NABU)-Bundesgeschäftsstelle, Berlin
Ph.D. Patrick Küsselheim Präsident der International Society of Biological Research (ISBR), Gent (Belgien)	
Moderation	
Dr. Kristina Sinemus, Genius GmbH	

Abb.: Auszüge aus dem Tagungsprogramm (www.biosicherheit.de/pdf/biosafenet/BIOSAFENET_programm__podiumsdiskussion.pdf)

89 www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/19919.html

90 Siehe Bundestagsdrucksache (www.projektwerkstatt.de/gen/filz/gv_forschungsgelder_drs1610751.pdf) und www.biosicherheit.de/de/aktuell/658.doku.html

91 Englische Fassung: gmosafety.eu

92 Bundestagsdrucksache 16/6208 (S. 22)

93 Mitglied dort sind vor allem kleinere und mittelgroße Firmen (ohne die großen Marktführer BASF, Bayer und KWS), Institute und Laboren sowie regionale Technologieinitiativen. Daneben finden sich einige Berufs- und Lobbyverbände und führende Banken. Von den in diesem Reader genannten Teilen der Gentechnik-Seilschaften sind dabei: BIO Mitteldeutschland, biosaxony, BioTOP, Genius und MPL. Quelle: www.biodeutschland.de.

94 www.dechema.de/Presse/Archiv+2005-p-110835/November/65__2005.html

95 [mensch+umwelt.spezial.2004/2005\(S.75\)](http://mensch+umwelt.spezial.2004/2005(S.75))

96 Brief vom 12.3.2009

97 www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/19919.html

management in der biologischen Sicherheitsforschung“ ist der Regierung rund 2 Millionen Euro wert. Die Grünen fordern eine unabhängige Sicherheitsforschung. „Die knappen Gelder für die wichtige Biologische Sicherheitsforschung werden an Unternehmen gezahlt, die nachweislich eng mit der Agro-Gentechnik-Lobby verbunden sind und eine Deregulierung der Schutzvorschriften bei der Agro-Gentechnik anstreben“, so Ulrike Höfken, verbraucherpolitische Sprecherin der Grünen.

Aus der Bundestagsdrucksache 16/6208 (Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen zur Geldvergabe für Gentechnik, S. 5)⁹⁸

Zielsetzung der Fördermaßnahmen des BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) ist die Verwertung von Projektergebnissen. Somit gehören zu den langfristigen Zielen der Projekte auch die Produktentwicklungen für den Markt. Jedoch sind mit Ausnahme von dem Vorhaben „BioChancePLUS; Reinigung des Medikamentes rh1.3 aus transgener Gerste; Teilprojekt A“ die in den aufgeführten Projekten entwickelten, gentechnisch veränderten Pflanzen in der entwickelten Form weder für eine direkte Vermarktung vorgesehen noch geeignet. Im Rahmen der Fördermaßnahme Biologische Sicherheit und BioOK stehen Fragen zur Sicherheit gentechnisch veränderter Pflanzen im Forschungsfokus. Es werden keine gentechnisch veränderten Pflanzen entwickelt und vermarktet.

BÖLW-Pressemitteilung vom 26.1.2009⁹⁹

„Zwar konnten mit im Schnitt jährlich ca. 7 Mio. € aus Mitteln des Bundesprogramms Ökologischer Landbau wichtige Praxisfragen beforscht werden“, lobte Prof. Jürgen Heß von der Universität Kassel, „aber für notwendige Grundlagenforschung und um den Ökolandbau als innovatives System für eine nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft weiterzuentwickeln, gibt es kein Geld.“ Den Mitteln für die Ökolandbauforschung stehen jährlich allein 165 Mio. € für Biotechnologieforschung durch das Bundesforschungsministerium und 26 Mio. € für die Erforschung nachwachsender Rohstoffe gegenüber: „Das ist eine eklatante Ungleichstellung der verschiedenen Ansätze innerhalb der Agrarforschung“, so Felix Prinz zu Löwenstein, Vorstandsvorsitzender des BÖLW. Zusätzlich wird die Agro-Gentechnik-Forschung von der Privatwirtschaft finanziert, BASF investiert jährlich allein 133 Mio. € in diesem Bereich. „Gerade weil der Ökolandbau keine patentierbaren Produkte, hinter denen privatwirtschaftliche Interesse stehen, hervorbringt, muss der Staat hier Forschungs- und Entwicklungsvorhaben verstärkt fördern und fordern“, so Felix Prinz zu Löwenstein.

BMBF selbst zur BioSicherheits-Forschung¹⁰⁰

Die Agrar- und Ernährungsforschung nimmt seit jeher einen zentralen Schwerpunkt in der Förderpolitik der Bundesregierung ein und ist als „Innovationsfeld Pflanze“ in der Hightech-Strategie verankert. In Absprache mit dem BMELV konzentriert sich das BMBF neben Maßnahmen der Struktur- und Kompetenzbildung in den Agrar- und Ernährungswissenschaften auf die Förderung neuer Ansätze in der molekularbiologischen Forschung sowie deren begleitender Sicherheitsforschung. Das BMELV setzt seinen Schwerpunkt hingegen über die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) auf die Themengebiete Energiepflanzen, Erforschung industrieller Werkstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen sowie Nutzung von Bioenergie. Ferner setzt sich das BMELV im Rahmen der Ressortforschung, wie z.B. am Julius-Kühn-Institut oder im Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), intensiv mit den aktuellen Themen der Agrar- und Ernährungsforschung auseinander. ...

Seit Anfang der 80er Jahren werden die Forschungsarbeiten zur biologischen Sicherheit vom BMBF unterstützt. Bis heute wurden mehr als 300 Vorhaben in Höhe von 93 Millionen Euro gefördert. Die letzte Bekanntmachung erfolgte Mitte 2007 mit einem Fördervolumen von 10 Millionen Euro. Hiermit werden aktuell 29 Forschungsprojekte der biologischen Sicherheitsforschung zur Grünen Gentechnik unterstützt.

Diskussionspapier des BMBF zum Runden Tisch Gentechnik (Treffen vom 22.7.2009)¹⁰¹

Bis heute wurden mit mehr als 100 Millionen Euro über 300 Vorhaben vom BMBF im Bereich der biologischen Sicherheitsforschung gefördert. Die Auswahl der Projekte erfolgt – unter Anlegung hoher wissenschaftlicher Qualitätsstandards – durch unabhängige, renommierte nationale und internationale Experten. Insgesamt haben sich über 60 Hochschulen und außer-universitäre Forschungseinrichtungen beteiligt. ...

Allerdings fließen die Ergebnisse der Biologischen Sicherheitsforschung noch immer nicht ausreichend in die öffentliche Diskussion und Bewertung der Grünen Gentechnik ein. Hier müssen neue, vertrauensbildende Maßnahmen entwickelt werden. ...

Die Erweiterung des Wissens über das Verhalten gentechnisch veränderter Pflanzen unter Freilandbedingungen und die Beobachtung der Auswirkungen ihrer Anwendungen sind wichtige Beiträge zu einer verantwortlichen, am Vorsorgeprinzip orientierten Nutzung der Grünen Gentechnik.

Aus der Bundestagsdrucksache 16/10751 vom 3.11.2008¹⁰²

Die Förderung erfolgt als direkte Projektförderung und nicht in Form einer Auftragsvergabe. Alle Projekte werden mit 100 Prozent der Ausgaben an nicht-industrielle Einrichtungen gefördert. Die geförderten Arbeitsgruppen beurteilen die Projekte unabhängig und sind nur der wissenschaftlichen Wahrheit verpflichtet. ...

Betrug Biosicherheitsforschung: Gefälschte Anträge und Bewilligungen außerhalb der Förderrichtlinie

Etliche Millionen an Fördermitteln werden über das staatliche Förderprogramm zur Biosicherheit in Deutschland verteilt.¹⁰³ Die Folge: VersuchsbetreiberInnen stürzen sich auf diese Geldquelle deklarieren dafür auch schnell mal Versuche um. In den vergangenen Jahren wurde auf mehreren Versuchsfeldern, die als Sicherheitsforschung angemeldet und bezuschusst wurden, tatsächlich an neuen Produkten oder Methoden geforscht. Förderanträge zu fälschen, ist Betrug und ein Fall für die Staatsanwaltschaft. Gleiches gilt für bewusst falsche Angaben über Versuchsziele im Genehmigungsverfahren. Die hätten noch eine Folge mehr: Wenn die realen Felder anderen Zwecken dienen als den im Bescheid des BVL, wären die Felder von der Genehmigung nicht gedeckt, d.h. illegal. Das wäre eine weitere Straftat – diesmal nach dem Gentechnikgesetz. Doch RobenträgerInnen werden nicht vom Staat bezahlt, um solche Skandale aufzudecken, in die die staatlichen Geldvergabestellen selbst verwickelt sind. Keine der bisherigen Strafanzeigen führte zu Ermittlungen.

Noch ein zweiter Betrug lauert hinter den meisten Versuchsfeldern. Denn von den Förderrichtlinien her waren die meisten der bisherigen Versuche zur Biosicherheit gar nicht zulässig. Nach dem Wortlaut des Biosicherheitsprogramms dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen Forschungen mit Pflanzen bezuschusst werden, die nicht für eine Markteinführung bestimmt sind: „Freisetzungsbegleitende Untersuchungen sollen sich ausschließlich auf gentechnisch veränderte Pflanzen beziehen, deren Anwendung in Deutschland erwartet wird bzw. deren Freisetzung bereits erfolgt.“ Das aber ist fast nirgends der Fall. Auf der eigenen Internetseite sagt die mehrere Versuche durchführende Firma bioaktiv selbst: „Bis auf eine gentechnisch veränderte Kartoffel ist bei keiner dieser Pflanzen daran gedacht, sie in den nächsten Jahren als Produkte auf den Markt zu bringen.“ Es ist also leicht zu erkennen, dass Steuergelder zweckentfremdet ausgegeben wurden und werden. Das gilt auch für das Gießener Genger-

98 www.projektwerkstatt.de/genfilz/gv_forschungsgelder_drs1606208.pdf

99 <http://boelw.de/pm+M53229ccc2df.html>

100 www.bmbf.de/de/13622.php

101 http://blogs.taz.de/saveourseeds/files/2009/07/runder_tisch_schavan_agrarforschung_ubersicht_200709.pdf

102 www.projektwerkstatt.de/genfilz/gv_forschungsgelder_drs1610751.pdf

103 www.biosicherheit.de/de/archiv/2005/328.doku.html

stefeld. Auch dessen Gelder stammen aus dem Sicherheitsforschungsetat. Doch die Internetseite des BMBF sagt auch hier klar: „**Eine kommerzielle Nutzung gentechnisch veränderter Gerste ist – zumindest in Europa – vorerst nicht zu erwarten.**“

Laut Förderrichtlinie zur biologischen Sicherheitsforschung¹⁰⁴

... sollen die Arbeiten zur Erhöhung der biologischen Sicherheit gentechnisch veränderter Pflanzen ... an Kulturpflanzen bzw. für die Anwendung vorgesehenen Pflanzen durchgeführt werden und nur in begründeten Ausnahmefällen an Modellpflanzen. Freisetzungsbegleitende Untersuchungen sollen sich ausschließlich auf gentechnisch veränderte Pflanzen beziehen, deren Anwendung in Deutschland erwartet wird bzw. deren Freisetzung bereits erfolgt.

Blick auf die Internetseite der Firma biovativ¹⁰⁵

In 2009 sind in Groß Lüsewitz mehrere Freisetzungversuche geplant. Bei den gentechnisch veränderten Pflanzen handelt es sich um Prototypen, bei denen verschiedene Fragestellungen untersucht werden sollen. In allen Fällen geht es um Sicherheits- und Begleitforschung. Bis auf eine gentechnisch veränderte Kartoffel ist bei keiner dieser Pflanzen daran gedacht, sie in den nächsten Jahren als Produkte auf den Markt zu bringen. Einige dieser Versuche werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms „Biologische Sicherheitsforschung“ gefördert.

Sehr genau beobachteten GentechnikkritikerInnen das aus dem Biosicherheitsprogramm geförderte Feld mit gv-Gerste der Universitäten Gießen und Erlangen. 352.000 Euro erhielten die Antragsteller für ein auf drei Jahre angesetztes Freilandexperiment. Nach eigenen Angaben wollten sie „die Frage klären, ob sich die gentechnisch veränderten Pflanzen negativ auf die für die Pflanzen wichtigen Bodenpilze, die Mykorrhiza, auswirken“.¹⁰⁷ Doch seltsam: Das Bodenleben interessierte sie gar nicht. Stattdessen konnten KritikerInnen nachweisen, dass Versuchsleiter Prof. Kogel an ganz anderen Dingen arbeitet: „Die Ergebnisse versprechen neue Möglichkeiten der Ertragssteigerung sowie eine Verbesserung der Widerstandskraft von Nutzpflanzen.“ Das Label Sicherheitsforschung war nur vorgeschoben, um die Fördergelder zu kassieren. Sicherheitsforschung fand nicht statt. Sicherheit war ohnehin ihr Ding nicht, wie die Versuchsabläufe bewiesen. Der Mäuseschutz wurde ganz weggelassen – und in beiden Jahren der Aussaat (das letzte, 2008, fiel wegen einer Feldbesetzung aus) wuchs Gerste durch Schlampigkeit und Verstöße gegen die Sicherheitsauflagen unkontrolliert außerhalb der Sicherungen. Trotzdem förderte das BMBF den Versuch ein zweites Mal, diesmal mit 301.000 €. Das BVL erteilte eine neue Genehmigung – business as usual. Anzeigen gegen die Versuchsleitung wegen Fördermittelmissbrauchs, Verstößen gegen Sicherheitsauflagen und Anlage eines illegalen Zweifelfeldes im Jahr 2009 wurden von Behörden und Staatsanwaltschaften ohne jegliche Prüfung verworfen.

Der Betrug mit Steuergeldern, die Falschangaben im Genehmigungsantrag und die Abweichungen von den Sicherheitsauflagen wurden den dafür zuständigen Behörden – vom BVL bis zu Staatsanwaltschaften und Rechnungshof – gemeldet. Außer bemerkenswerter Phantasie, das Offensichtliche zu vertuschen, hat keine dieser Institutionen irgendwelche Aktivitäten entwickelt, die Hinweise auch nur zu überprüfen. „Wir unterstellen zunächst mal Wissenschaftlern ganz generell, dass sie redlich sind

und ein Interesse haben, möglichst gute Experimente zu machen und damit verantwortungsvoll umgehen“, sagte der Abteilungsleiter Lebenswissenschaften im BMBF Ende 2009. Sie wollen wohl auch nicht hingucken, um sich ihren treudummen Glauben zu erhalten.

Auskreuzungs- und Grenzwertforschung

Seit Beginn der Freisetzungen nimmt das Thema Auskreuzung einen wichtigen Raum in der Debatte um die Gefahren der Gentechnik ein. Dabei geht es um die Frage, wieweit gentechnische Veränderungen in andere Pflanzenarten, in die Umwelt und in Lebensmittel gelangen oder sich auch auf andere Arten übertragen könnten. Erst bemerkenswert spät aber wurde diese Frage Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen. Schon allein das erregte den Verdacht, dass auch die BefürworterInnen der Gentechnik von Beginn wussten, dass Auskreuzung stattfindet und nicht zu kontrollieren ist. Warum etwas erforschen, was klar ist?

Erst mit den aktuellen Gentechnikgesetzen wurde die Klärung der Koexistenzfrage notwendig. Im § 1 des Gentechnikgesetzes ist festgelegt, dass eine gentechnikfreie Landwirtschaft – konventionell wie biologisch – möglich bleiben muss. Nur: Wie das gelingen kann, dafür gibt es keine wissenschaftlich fundierten Vorschläge. Erfahrungen aus langjährigem Anbau in Nord- und Südamerika sowie Indien geben wenig Anlass zur Hoffnung, die Verbreitung der gv-Pflanzen mittel- und langfristig zu begrenzen. Inzwischen geben auch deutsche Wissenschaftler offen zu, dass Gentechnik nicht kontrollierbar ist. Die Reihenfolge der Geschehnisse in Deutschland war folglich höchst seltsam: Erst wurde die Gentechnik in die Landschaft gebracht, anschließend wurde ein Gesetz erlassen, dass diese Gentechnik sich nicht überall hin auskreuzen darf, und erst dann liefen die wissenschaftlichen Untersuchungen an, ob das überhaupt geht. Alle diese Forschungen haben mehrere grundsätzliche Schwächen, die im Folgenden benannt werden.

Nicht das Ob, sondern nur das Wie der Auskreuzung wird untersucht

Auskreuzung kann nicht verhindert werden. Untersucht wird daher nur, wie schnell und wie weit Auskreuzung stattfindet. Ziel ist die Festlegung von Grenzwerten, unter denen Produkte noch als gentechnikfrei bezeichnet werden können. Es ist allen Beteiligten klar, dass es technisch nicht mehr möglich ist, eine Verunreinigung im Landbau zu verhindern, wenn erst einmal gv-Pflanzen in der Umwelt wachsen. Daher geht es, obwohl gesetzlich vorgeschrieben, gar nicht mehr um die Koexistenz von gentechnischer und gentechnikfreier Landwirtschaft, sondern nur noch um die Festlegung und ständige Erhöhung von Grenzwerten bei faktischer Akzeptanz der Auskreuzung als Tatsache. Zur Zeit liegen die Grenzwerte für gentechnikfreie konventionelle Landwirtschaft bei 0,9 Prozent. Dabei wird es nicht bleiben, weil die Verunreinigung selbständig steigt. Joachim Schiemann vom staatlichen JKI forscht angeblich zu Grenzwerten, aber forderte schon vorher höhere. Ähnlich wie die Konzerne, ForscherInnen



Abb.: Zur transgene Gerste steht direkt auf der Internetseite zum Förderprogramm, dass sie nicht zur Vermarktung vorgesehen ist.¹⁰⁶ Das Ministerium weiß also, dass die Versuche den Förderrichtlinien nicht entsprechen!

Mehr zum Gerstenfeld im Kapitel X und auf www.projektwerkstatt.de/gen/unigen_lage.htm.



¹⁰⁴ www.bmbf.de/foerderungen/10496.php

¹⁰⁵ www.biovativ.de

¹⁰⁶ www.biosicherheit.de/forschung/getreide/424.gerste-unerwunschte-nebenwirkungen-ausschliessen.html

¹⁰⁷ Gießener Anzeiger, 25.4.2006

und andere Behörden. Dass Koexistenz nur mit der Grenzwertlüge möglich ist, gibt Schiemann offen zu: „*Eine gentechnikfreie Produktion mit Nulltoleranz ist nicht praktikabel. Selbst bei einem völligen Verzicht wären Schwellenwerte für unbeabsichtigte Anteile von GVO in Importwaren unabdingbar. Werden geeignete Schwellenwerte vereinbart, ist eine Koexistenz möglich. Für den Saatgutbereich bedeutet das einen Schwellenwert von mindestens einem Prozent für unbeabsichtigte gv-Beimengungen*“.¹⁰⁸

Bienen und Durchmischung beim Saatgut ausgeblendet

Untersucht wird bislang nur die Auskreuzung durch den Wind (Pollenflug), also die passive Verbreitung der gentechnisch veränderten Pflanzen. Es gibt aber mindestens zwei weitere Wege aktiver Übertragung: Zum einen durch Insekten, vor allem Bienen. Diese fliegen aus eigener Kraft von Pflanze zu Pflanze. Das geschieht ab der ersten Blüte einer neu ausgetragenen Züchtung und über lange Distanzen (6 bis 10 Kilometer). Langfristig transportieren Insekten die Gensequenzen im Zusammenhang mit Wanderbewegungen auch über unbegrenzt lange Wege. Zum anderen ist inzwischen gesichert, dass es einen horizontalen Gentransfer über Artgrenzen hinweg gibt. Wenn dieser stattfindet, ist eine Rückverfolgung nicht mehr möglich, weil niemand mehr nachvollziehen kann, wo welcher Gentransfer abläuft.

Hinzu kommt die übliche Streuung durch das Versagen von Mensch oder Maschine. Viele Getreide- und Rapspflanzen an Wegrändern wachsen aus Körnern, die von Transportwagen oder aus aufgerissenen Saatgutsäcken herausfielen. Nicht zu verhindern ist die Vermischung bei Nutzung der gleichen Anhänger und Maschinen, Abfüll- und Reinigungsanlagen. Behälter können verwechselt oder falsch deklariert werden. In der recht jungen Geschichte der grünen Gentechnik ist das alles schon mehrfach passiert. Hoffnung auf Besserung besteht nicht, denn selbst bei den besser gesicherten radioaktiven Stoffen oder Massenvernichtungswaffen sind Schwund und Verwechslung alltäglich.

Einseitig eingestellte ForscherInnen

Alle Feldversuche zur dargestellten Auskreuzungsforschung werden von genau den Seilschaften durchgeführt, die in diesem Buch vorgestellt wurden. Sie haben als PatentinhaberInnen, DienstleisterInnen für Versuchsdurchführung oder Handelnde in Konzernen ein berufliches, politisches oder propagandistisches Interesse an Ergebnissen, die eine spätere Anwendung der Gentechnik nicht behindern. Hier findet folglich gerichtete, d.h. an Interessen orientierte und nicht ergebnisoffene Wissenschaft statt, die eher als Propaganda bezeichnet werden kann.

Auskreuzungsfragen vor Gericht chancenlos

Angesichts der auch von GentechnikbefürworterInnen erkannten grundsätzlichen Unmöglichkeit der Verhinderung von Auskreuzung ist als neuer Formaltrick bereits mehrfach angewendet worden, dass diese Verhinderung allein kein einklagbares Ziel sei. Ausgerechnet das BVL stellte am 23.4.2009 vor dem Verwaltungsgericht klar, dass die Koexistenzgarantie des § 1 GenTG, Satz 2 keine Rolle spiele: „*Die Möglichkeit von Auskreu-*

zungen, die auch bei Anordnung eines deutlich größeren Isolationsabstandes im Freiland nie vollständig ausgeschlossen werden könne, stehe der Erteilung der von der Beigeladenen beantragten Genehmigung nicht entgegen. Auskreuzungen seien nur dann als schädliche Einwirkungen im Sinne des § 1 Nr. 1 GenTG anzusehen, wenn sie die betroffenen Pflanzen nachteilig veränderten, indem sie etwa zur Ausbildung schädlicher Eigenschaften führten, was bei den streitgegenständlichen transgenen Maispflanzen nach der Bewertung der ZKBS nicht zu erwarten sei“. Zudem könne bei nachweisbaren Nachteilen, „*vor denen allein das Gentechnikgesetz schütze*“, höchstens Schadenersatz, nicht jedoch das Ende des Genversuchs verlangt werden.¹⁰⁹ Das Gericht schloss sich dieser Auffassung an, die Koexistenzgarantie und Verursacherprinzip praktisch abschaffte.

Auskreuzungsforschung erzeugt Auskreuzung

Jeder Auskreuzungsversuch hat Auskreuzung zur Folge (das ist ja im Versuch angelegt), schafft also die Gefahr, die er zu untersuchen vorgibt, selbst. Auch hier gilt wieder, dass die Sicherheitsforschung selbst besondere Gefahren schafft – je nachdem, welche Pflanzen genutzt werden. Bislang wurden vor allem die kommerziell zugelassenen Sorten wie MON810 als Forschungsgegenstand zur Auskreuzung gewählt. Damit waren die Gefahren nicht größer als bei landwirtschaftlichen Flächen – aber auch nicht kleiner.

Beitrag zur Produktentwicklung

Zudem dient Auskreuzungsforschung der Produktentwicklung, weil sie keine offenen Fragen der Gentechnik untersucht oder mögliche Gefahren bei Zulassungen prüft, sondern selbst die Grundlage für die Zulassung schafft, z.B. die gesetzlichen Grenzwerte, unterhalb derer ein Futter- oder Lebensmittel als gentechnikfrei gilt – ohne es zu sein. Der oberste Kontrolleur der Gentechnik in Deutschland, BVL-Gentechnikchef Hans-Jörg Buhk, warnte folgerichtig vor „*Schwellenwerten, deren Überschreitung künftig die Kennzeichnungspflicht nach Richtlinie 2001/18/EG beziehungsweise der EU-Verordnung auslösen werden*“. Solche zu niedrigen Grenzwerte hätten Folgen, die „*mit erheblichem zeitlichen, administrativen und finanziellen Aufwand verbunden*“ sein könnten.¹¹⁰

Zum Vergleich: Eine Forschung an Atomkraftwerken, ab welchem Abstand von den Kraftwerken ein Wohnhaus als strahlungsfrei bezeichnet werden darf, weil es ‚nur‘ eine bestimmte Menge an Radioaktivität abbekommt, würden nur wenige als Sicherheitsforschung begreifen, sondern als Beitrag dazu, Atomkraftnutzung handhabbar zu machen. Sie wäre eine die Atomkraft vorantreibende Forschung. So verhält es sich auch mit der Sicherheitsforschung in der Gentechnik: Sie dient der Durchsetzung von gentechnischen Produkten auf dem Markt, indem sie Regeln für deren Verbreitung schafft. Die Forschung hilft dabei, solche Regeln zu finden, die den Gentechnikanbietern genügend Spielraum geben und allen anderen die Möglichkeit nehmen, eine Markteinführung zu verhindern, weil ja nun alles legal ist. Grenzwerte in Gesetzen werden an die Bedürfnisse der Konzerne angepasst, nicht umgekehrt.

108 www.transgen.de/wissen/diskurs/477.doku.html

109 Urteil des Verwaltungsgerichts Braunschweig vom 23.04.2009 (Az. 2 A 224/07)

110 Aus: mensch+umwelt spezial 2004/2005 (S. 75)

Felder und Versuchsdurchführende

Die ersten Auskreuzungsversuche mit transgenen Maissorten liefen 2005-08. Projektpartner waren u.a. die RWTH Aachen, die BBA in Braunschweig und Darmstadt (jetzt JKI) und das BioTestLabor (BTL GmbH) aus den Seilschaften am AgroBioTechnikum. Die Summe der Fördergelder betrug 3,27 Mio €.¹¹¹

Im Jahr 2008 befanden sich wichtige Felder für Auskreuzungsforschung in Rheinstetten-Forchheim (Versuch der Technischen Landeszentrale in Baden-Württemberg), Braunschweig (RWTH Aachen) und Sickte nahe Wolfenbüttel (Versuch des JKI). Alle Versuchsbetreiber positionierten sich klar pro Gentechnik. 2009 sollte dann der Sickter Versuch, weil er 55.000 Euro Bewachungskosten verursachte, neben das Forschungsfeld der RWTH Aachen aufs Gelände der ehemaligen FAL in Braunschweig (Bundesallee) gelegt werden, fiel aber dem MON810-Verbot zum Opfer.

An der Aachener Uni gibt es keine landwirtschaftliche Fakultät. Die Seilschaft aus Aachen (u.a. Schuphan, die BVL-Vertreter Bartsch und Gathmann sowie Kogel und Langen, heute Uni Gießen) besteht aus Biologen. Sie arbeiten an verschiedenen Orten als Genforscher oder in den Genehmigungsbehörden. Bartsch führte in seiner Zeit in Aachen (1992-2000) selbst Freisetzungversuche durch, u.a. mit gv-Zuckerrüben der Firma KWS. Schuphan, bei dem Bartsch als wissenschaftlicher Mitarbeiter diente, war Leiter verschiedener BMBF-Projekte zur Biologischen Sicherheitsforschung, obwohl er diese für überflüssig hielt.¹¹² „**Unsere Ergebnisse weisen darauf hin, dass ein Monitoring eigentlich nicht nötig ist, da eben keine schädlichen Auswirkungen des Bt-Mais nachweisbar waren.**“ Und:¹¹³ „**Unsere Forschungsergebnisse zeigen ganz klar, dass der Anbau von Bt-Mais MON810 keine nachteiligen Wirkungen auf den Naturhaushalt hat. Abstandsflächen zu Naturschutzgebieten sind nicht nötig.**“ Seit 2004 ist Bartsch im BVL für Koexistenz und GVO-Monitoring zuständig – der Ex-Ausführende von Freisetzungen ist nun also selbst der Kontrolleur. Auch der Ex-RWTHler Achim Gathmann arbeitet dort seit 2006.¹¹¹ So kontrolliert eine Clique, die früher selbst Gentechnik angewendet hat und zudem Kontrolle für überflüssig hält, die Genehmigungsverfahren. Lustlose Böcke spielen Gärtner ...

Monitoring: ‚Schönforschen‘ des Auskreuzungsdesasters

Der Begriff ‚Monitoring‘ bezeichnet das anbaubegleitende Beobachten von Umweltauswirkungen. Etwas sarkastisch ließe sich formulieren: Durch Monitoring kann besser dokumentiert werden, dass alles schiefliegt. Monitoring dient nicht der Verhinderung von Auskreuzung oder von Schäden an Umwelt und Gesundheit. Fragwürdig ist es aber auch, weil in der prägenden Monitorings-Arbeitsgruppe wieder dieselben Kreise zusammensitzen, die die zu beobachtenden gv-Pflanzen entwickeln, vertreiben, anbauen und daher ein Interesse an ihrer Verbreitung haben.

Praktische Bedeutung hatte das Monitoring der gv-Pflanzen in Deutschland bisher nur, weil es fehlte – und zwar bei der bis 2009 einzigen kommerziell genutzten Pflanze, dem MON810. Was folgte, war ein beeindruckendes Drama, ausgelöst durch ein Verbot aller Maissorten mit dem

Genkonstrukt MON810 am 27.4.2007 – gegen den Protest ausgerechnet des Leiters der Gentechnik-Abteilung beim Bundesamt für Verbraucherschutz, Buhk.¹¹⁴ Dabei war das Verbot eigentlich sogar überflüssig, denn die nur vorläufige Genehmigung von MON810 war bereits im Oktober des Vorjahres abgelaufen. Ab diesem Zeitpunkt hätte ein Monitoringplan vorgelegt werden müssen. Den gab es aber nicht.

Doch Monsanto und die MON810 verwendenden Saatgutzüchter (z.B. KWS) setzten auf Schludrigkeit und Wohlwollen der Kontrollbehörden – mit Erfolg. Die teilte erst dann das Aus für den Bt-Mais mit, als alle Saaten in der Erde waren. So wuchs einen Sommer lang verbotener Mais auf Hunderten von Feldern. Gleichzeitig wurde hinter den Kulissen um eine neue Genehmigung gefeilscht. Notwendig dafür war immer noch ein Monitoringplan, denn Monsanto hatte nie die Auflage erfüllt, die Umweltauswirkungen langfristig beobachten zu lassen. In Windeseile entstand nun ein solcher Plan. Er hatte wenig Substanz, zeigte aber, wie satteflest die Seilschaften der Gentechnik saßen. Am 6.12.2008 wurde MON810 erneut zugelassen. Für den Plan wollte Monsanto einfach bestehende Überwachungssysteme nutzen. Doch deren durchführende Stellen hatte der Konzern nie gefragt. Zudem wurde ein veralteter Monitoring-Entwurf aus dem Jahr 2004 neu belebt.¹¹⁵ Schon dessen AutorInnen bildeten eine seltsame Mischung: Drei Behördenmitarbeiter zusammen mit zwei LobbyistInnen und NutznießerInnen der Gentechnik (Kerstin Schmidt und Jörg Schmidtke aus dem Filz am AgroBioTechnikum). Mit im Boot waren die Konzerne. In der Veröffentlichung bedankten sich die AutorInnen für die Unterstützung durch Bayer CropScience, KWS, Monsanto, Pioneer und Syngenta. Eine wichtige Klammer könnte Joachim Schiemann gebildet haben, denn er war als Gründungsmitglied dabei, als das AgroBioTechnikum entstand. Hier kommen erneut Kontrolltätigkeit als Behörde, eigene Versuchsaktivitäten und die Unterstützung von Lobbyarbeit und Freisetzung in einer Person zusammen.¹¹⁶ Auch die konkrete Ausformulierung des dann akzeptierten Monitoringplanes blieb in der ‚Familie‘: Zunächst schlug das BVL der Firma Monsanto eine Liste mit über 30 potenziellen Beobachtungssystemen vor. Kerstin Schmidt verfasste daraufhin im Auftrag des Konzerns einen schriftlichen Vorschlag für die genauere Auswahl vor. Dieser Vorschlag ihrer Firma BioMath wurde wiederum von Monsanto beim BVL eingereicht – mit Erfolg.¹¹⁷ Bei einer solchen Hintergrundabsicherung im Zusammenspiel mit einer einseitig pro Gentechnik denkenden Kontrollbehörde – eben dem BVL – war es nicht überraschend, dass es am Ende hieß:¹¹⁸ „**Der von der Firma Monsanto vorgelegte Plan zur Beobachtung der Umweltwirkungen des Genmais MON810 erfüllt die gestellten Anforderungen in vollem Umfang. Dies stellte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) heute in Berlin noch einmal klar.**“

Wie bei der Auskreuzungs- und Sicherheitsforschung auch, beginnt das Problem mit den undurchdringlichen Seilschaften. In der zuständigen Arbeitsgruppe „**Anbaubegleitendes Monitoring gentechnisch veränderter Pflanzen im Agrarökosystem**“ sitzen¹¹⁹ als Leiter Joachim Schiemann vom JKI, zudem Bartsch/BVL, Broer/Uni Rostock, Gathmann/RWTH Aachen (jetzt BVL), Schmidt/BioMath, außerdem Behördenvertreter von Landes- und Bundesfachstellen und -ministerien wie BMELV, RKI/BVL, LLG Sachsen-Anhalt, Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft, LWK Hannover, LWK Westfalen-Lippe, LWK Rheinland,

111 Lorch/Then, S. 56

112 www.biosicherheit.de/de/mais/oekosystem/341.doku.html

113 www.biosicherheit.de/de/mais/oekosystem/626.doku.html

114 Ein Film des Bayerischen Rundfunks vom Frühjahr 2009 dokumentierte die Abläufe und portraitierte den industrieunfreundlichen BVL-Gentechnikchef Dr. Buhk. Dieser verweigerte jegliche Auskunft gegenüber dem Sender. Der Bericht ist auf www.youtube.com unter dem Titel „Monsanto in deutschen Behörde“.

115 Wilhelm, R., Beißner, L., Schmidt, K., Schmidtke, J. und Schiemann, J. (2004): „Monitoring des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen“. Dies ist nicht die einzige wissenschaftliche Arbeit in dieser Personenkonstellation. Schiemann leitet die Behördenarbeitsgruppe „Anbaubegleitendes Monitoring“, in der auch Schmidt mitwirkt.

116 Schiemann ist Leiter der JKI Abteilung für Gentechnik und Biologische Sicherheit. Zudem war er 2003 bis 2009 EFSA-Mitglied (Lorch/Then, S. 28).

117 Zusammengefasst in Lorch/Then, S. 30. Quelle: Schmidt/Mönkemeyer 2007: Use of existing networks for monitoring MON 810 in Germany. Annex 1 des Monitoringplans (www.bvl.bund.de/cln_007/DE/08_PressInfothek/00_doks_downloads/Monitoringplan_templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Monitoringplan.pdf), Monsanto Europe im Schreiben an das BVL, 31. August 2007).

118 Das BVL verkündete in einer Pressemitteilung am 18.12.2007, dass nun Umweltwirkungen des Genmais MON810 umfassend betrachtet werden.

119 Mitgliederliste der Arbeitsgruppe (Stand: Dezember 2002). Abrufbar auf www.jki.bund.de.

LWK Weser-Ems, LUFA Nord-West, Landespflanzenenschutzamt Mecklenburg-Vorpommern, Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Niedersächsisches Landesamt für Ökologie, UBA, Bayerisches Landesamt für Bodenkultur und Pflanzenbau, FAL, Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, Bundessortenamt und Vertreter von ZALF, BBA sowie der Universitäten Bielefeld, Göttingen und Oldenburg. Sie befinden sich in guter Gesellschaft mit der Industrie. Bayer CropScience, Pioneer Hi-Bred, KWS Saat, Syngenta, Monsanto und der Industrieverband Agrar fehlen ebenso wenig wie der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter und die PR-Agentur Genius.¹²⁰

Es gibt nur ein Beispiel, wo die auffälligen Geflechte und Interessenskollisionen zu Konsequenzen führten – aber umgangen wurden: 2005 lehnte die damalige Landwirtschaftsministerin Renate Künast die staatliche finanzielle Unterstützung für Forschungsprojekte von Schiemann (BBA) ab, bei denen gentechnisch veränderte Pflanzen entwickelt werden sollten. Schiemann war damals gleichzeitig sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene an der Bewertung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Zulassungsverfahren beteiligt. Das Rauschen im Blätterwald war groß: Künast sei forschungsfeindlich, sie würde sogar biologische Sicherheitsforschung verhindern, so der Tenor. Die grüne Argumentation in der Bundestagsdebatte am 7. März 2005: „*Es soll aber nicht so sein, dass dieselben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die produktnah forschen, nachher eine unabhängige Expertise darüber erstellen, ob diese Produkte den allgemeinen Sicherheitsstandards hinsichtlich der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Biodiversität entsprechen.*“¹²¹

Wieder da, aber begrünt: Terminator-Technologie

Mehrere Förderprojekte im Biosicherheitsprogramm laufen unter dem Begriff Confinement.¹²² Das klingt unverdächtig, doch dahinter verbirgt sich nichts anderes als die weltweit geächtete Terminator-Technologie.¹²³ Sie war schon früh entwickelt worden und sollte bewirken, dass Pflanzen sich selbst sterilisieren. Ziel war es, LandwirtInnen daran zu hindern, eigenes Saatgut zu gewinnen, um sie zu zwingen, jedes Jahr neues Saatgut bei den großen Firmen einzukaufen. Genau das wird nun als Umweltschutz propagiert, weil das Elend der BäuerInnen ein klein wenig der Umwelt nutzen soll. Terminatorpflanzen würden sich nämlich langsamer in der Natur ausbreiten. Aber hatten die gleichen WissenschaftlerInnen nicht erklärt, diese Ausbreitung beinhalte gar keine Gefahren? Logen sie dort oder erschlichen sie jetzt Gelder unter dem Vorwand, etwas verhindern zu wollen, was sie selbst unproblematisch fanden? Wie auch immer – in Deutschland wird Confinement nun aus den Biosicherheitsmitteln gefördert. Damit wird die Technologie mit Hochdruck entwickelt, die – flankiert von passenden Gesetzen – am Ende die totale Kontrolle des Saatgutes und die Ausschaltung des selbständigen Ackerbaus bewirken soll.

Lexikon auf www.biosicherheit.de zu Confinement¹²⁴

Biologische Maßnahmen zur Begrenzung der Ausbreitungsfähigkeit von gentechnisch veränderten Pflanzen.

Neben gentechnisch veränderten Pflanzen, deren landwirtschaftliche Eigenschaften (z.B. Schädlingsresistenzen) verändert wurden, sind auch transgene Pflanzen mit neuen bzw. veränderten Inhaltsstoffen in der Entwicklung. Sie liefern beispielsweise industriell nutzbare oder pharmazeutische Substanzen. Die Ausbreitungsfähigkeit dieser gentechnisch veränderten Pflanzen sollte möglichst auf ein Minimum begrenzt werden. Das kann z.B. durch eine Unterdrückung der Fortpflanzung erreicht werden (biologisches Confinement).

Aus der Selbstdarstellung des PTJ¹²⁵

Im Schwerpunkt „Forschungsansätze für die freisetzungsbegleitende Sicherheitsforschung“ sollen Strategien zur Erhöhung der Sicherheit gentechnisch veränderter Pflanzen entwickelt werden. Dazu zählen zum Beispiel eine möglichst enge Begrenzung der zu übertragenden Gensequenzen oder Methoden, die verhindern, dass gentechnisch veränderte Pflanzen sich ausbreiten können.

Sicherheitsforschung – tatsächlich besonders unsicher

Der Skandal liegt nicht nur in Geld und undurchsichtigen Netzwerken. Der Deckmantel einer Forschung über Umweltauswirkungen verhüllt auch, dass hier die gefährlichsten Felder stehen. Das haben die bisherigen Fälle unkontrollierter und zum Teil weltweiter Auskreuzung gezeigt. Für diese reichen kleine Flächen aus, wie sie für Forschungsfelder typisch

sind. Der LL601-Skandal zeigte das eindrucksvoll. Gegenüber dem kommerziellen Anbau stehen auf den Versuchsfeldern nämlich mehr Pflanzenarten und -sorten mit teilweise mehreren gentechnisch veränderten Konstrukten. So hatte der Gengersteversuch 2006 bis 2009 vier Manipulationen, je zwei in zwei Gerstenlinien, in die Landschaft gebracht – und auf dem Kartoffelfeld der BASF am AgroBioTechnikum waren es 2010 sogar 538 verschiedene gv-Kartoffelsorten. Ob diese sich verbreiten oder nicht, wird mensch zudem nur selten erfahren, denn für die hochspeziellen Pflanzen und Konstrukte, die bei Freisetzungen überwiegend in die Erde kommen, lohnt sich der Aufwand nicht, Nachweismethoden zu entwickeln und auf den Markt zu bringen.

Abb.: Auszug aus dem Standortregister zum gv-Kartoffelversuch 2010 der BASF am AgroBioTechnikum

Aktenzeichen	6786-01-0191
Notification Number	
Genehmigungsstand	G V
Genehmigungsdatum	31.03.2008
Freisetzer	BASF Plant Science GmbH
Land	Deutschland
gVO Trivialname	Kartoffel
gVO wissenschaftlicher Name	Solanum tuberosum
Eigenschaften	Kohlenhydratstoffwechsel; Pilzresistenz
Anzahl Organismen	
Grösse	1 ha pro Standort
Freisetzungsfleäche	
Versuchsfleäche	
Beginn Freisetzung (beantragt)	01.01.08
Ende Freisetzung (beantragt)	31.12.12
Freisetzungsorte	Erstanmeldungen Falkenberg (BB) Thulendorf (MV) Ausleben, Ortsteil Uplingen (ST)
nachgemeldete Standorte	Datum der Zustimmung
Thulendorf (MV)	07.04.2010
Dummerstorf (MV)	07.04.2010
Kurzbeschreibung des Vorhabens	Der Standort "Müncheberg (BB)" wurde von der BASF Plant Science GmbH mit Schreiben vom 10.03.2008 zurückgezogen.
Organismen	
Familie: Solanaceae	
Spezies: Solanum tuberosum L.	
Kultivare: P800, P698, P835, P88U	
Zur Freisetzung vorgesehene Pflanzen: die im Antrag aufgeführten 538 gentechnisch veränderten Kartoffellinien und Nachkommen dieser Linien	
Freigesetzt werden sollen Pflanzen der im Antrag aufgeführten 538 gentechnisch veränderten Kartoffellinien und Nachkommen dieser Linien.	

i Auszüge aus der Bundestagsdrucksache 16/10751/26 zu den Confinementförderungen des Biosicherheitsprogramm 2008-2011 siehe S. 122.

120 Lorch/Then, S. 55

121 Lorch/Then, S. 4

122 www.biosicherheit.de/lexikon/237_confinement.html

123 <http://umweltinstitut.org/gentechnik/kommerzieller-anbau-terminator-technologie-pflanzen-mit-selbstmord-genen-188.html>

124 siehe Fußnote 122

125 www.fz-juelich.de/ptj/lw_resource/datapool/Nationale_Programme/System_Erde/Planeterde/PTJ_Broschuere_01.pdf

Ob IhrE NachbarIn gv-Mais anbaut, können sie inzwischen mit Teststäbchen zum Stückpreis von 5 € selbst überprüfen. Bei den Pflanzen der Versuchsfelder werden sie jedoch vergeblich nach Nachweisverfahren suchen. Es gibt sie nicht. Die LL601-Vermischung wurde eher zufällig entdeckt. Ob das Bier, das Sie vielleicht gerade stemmen, schon gv-Bestandteile hat, kann Ihnen also niemand sagen. Das wird auch so bleiben, denn für die Pflanze dieser drei kläglichen Versuchsjahre wird niemand Nachweismethoden auf den Markt bringen. Die schleichende Verseuchung geht vor allem von Versuchsfeldern aus, weil hier viel mehr verschiedene Manipulationen ausgebracht werden. Auch die Saatgutverunreinigungen 2010 beim Mais stammten nach den bisherigen Verlautbarungen von Versuchsfeldern. Aber sicher weiß das noch niemand. Wie so oft bei dieser ach so sicheren Technologie.

Sicherheitsforschung ist organisierte Gefahr und gleichzeitig Verharmlosung. „**Sicherheitsforschung sollte für bestimmte Schutzziele wissenschaftlich fundierte ‚Schwellenwerte‘ ermitteln, unterhalb derer mögliche negative Effekte vernachlässigbar sind oder toleriert werden können**“, sagen die ForscherInnen selbst – mal wieder in einem gemeinsamen Forderungspapier von Bundeskontrollbehörden und GentechnikanwenderInnen, hier Joachim Schiemann (JKI) und Inge Broer (AgroBioTechnikum) im Duett.¹²⁶ Sicherheitsforschung will „**Auswirkungen des Anbaus und der Nutzung von Pflanzen als nachwachsende Rohstoffe**“ prüfen und unterstützt damit diese Form der Ackernutzung. Sie soll der Propaganda dienen durch „**Integration von biologischer Sicherheitsforschung im Bildungssystem**“ und „**Schülerpraktika an den Forschungsstätten, Mitmachaktionen wie Schülerzeitungswettbewerbe zum Thema biologische Sicherheitsforschung**“.

Weitere Auszüge aus dem Thesenpapier von Broer und Schiemann: Für die Sicherheitsbewertung eines GVO reicht es nicht aus, in standardisierten Laborversuchen ein Gefährdungspotential (Hazard) zu bestimmen. Um einzuschätzen, ob tatsächlich ein Risiko besteht, müssen Expositionsdaten im Freiland erhoben werden, aus denen hervorgeht, ob und wie der gefährdete Organismus unter natürlichen Bedingungen mit dem zu bewertenden GVO in Kontakt kommt; Statistik und Methodik der Versuchsdurchführung müssen der Variabilität im Freiland gerecht werden ... Sicherheitsforschung sollte für bestimmte Schutzziele wissenschaftlich fundierte „Schwellenwerte“ ermitteln, unterhalb derer mögliche negative Effekte vernachlässigbar sind oder toleriert werden können ... Etablierung eines Netzwerks von Universitäten und Forschungseinrichtungen zur Freisetzung von GVO, das von einer professionell organisierten gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit begleitet wird ...

Hinter dem so freundlich anmutenden Begriff der Sicherheitsforschung, dem Blick auf Folgen für Landwirtschaft, Umwelt und Gesundheit, steckt also nicht nur Betrug und Verschleierung, sondern auch die gefährlichste Anwendung der Agro-Gentechnik mit weitgehend unerforschten gv-Konstrukten. Der Werbetrick funktioniert. Ein unfassbarer, treudummer Glaube an das Gute in der Sicherheitsforschung herrscht bei vielen vor, selbst bei GentechnikgegnerInnen wie Umweltverbänden, Kirchen, Grünen und sogar den Biolandwirtschaftsverbänden – ein Thema des abschließenden Kapitels XIII.

Rechtsbruch Akteneinsicht

Die beteiligten Institutionen sind bemüht, alles schön unter dem Teppich zu halten. Wie andere Bundesbehörden verweigerte auch das für die Biosicherheitsförderung zuständige Forschungszentrum Jülich¹²⁷ rechtswidrig die Akteneinsicht nach dem Umweltinformationsgesetz.¹²⁸ Ein Akteneinsichtsgesuch aus dem Jahr 2009 wurde zunächst durch unsinnige Nachfragen verzögert und dann abgelehnt. In einem weiteren Antrag erfolgte ebenfalls die Absage. Der Antragsteller reichte inzwischen Klage¹²⁹ beim Verwaltungsgericht Gießen ein (Az. 1 K 1690/10.GI). Das beklagte PTJ ist von der Bundesregierung mit der Geldmittelvergabe, hier wie bei anderen Programmen (z.B. GABI) beauftragt worden. Es ist aber keine neutrale, sondern eine ideologisch einseitige Vergabestelle, wie die Selbstdarstellung zeigt.¹³⁰

Aus der Selbstdarstellung des PTJ Durch die Förderung der Bio- und Gentechnologie setzt die Bundesregierung Impulse für die Grundlagenforschung, für Firmengründungen und für Kompetenzbildung zugunsten der Entwicklung einer modernen und „nachhaltigen“ Biotechnologie. ...

Die so genannte „grüne Gentechnik“, die Anwendung der Gen-Technologie auf Pflanzen und ihre Kompartimente, birgt große Chancen – auch für die Wirtschaft. Mit ihrer Hilfe will man die Versorgung mit Nahrungsmitteln verbessern und interessante Rohstoffe für chemische Prozesse heranwachsen lassen. Längst hat freilich auch ein internationaler Konkurrenzkampf um die Aufklärung wirtschaftlich bedeutsamer Pflanzengenome, die patentrechtliche Absicherung der Ergebnisse und die dadurch mögliche Verbesserung der Marktposition für neue Pflanzensorten mit spezifischen Eigenschaften begonnen. Um die Chancen, die sich daraus ergeben, für Deutschland intensiver nutzen zu können und einen Beitrag zur Standortsicherung zu leisten, hat das BMBF die Initiative „Genomanalyse im biologischen System Pflanze – GABI“ ins Leben gerufen. ...

Ein Anliegen von GABI ist es zudem, die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu vertiefen und bereits bestehende Kontakte auszuweiten. ...

Die Ergebnisse der biologischen Sicherheitsforschung sind eine wichtige Grundlage für die Tätigkeit von Genehmigungsbehörden und eine ausgewogene öffentliche Diskussion. Das Förderkonzept sieht daher auch ein Projekt „Kommunikationsmanagement in der biologischen Sicherheitsforschung“ vor. Seine Aufgabe besteht vor allem darin, die Ergebnisse der Sicherheitsforschung bekannt zu machen und die Zugänglichkeit der Daten zu gewährleisten. Auf solcher Grundlage sollte die öffentliche Diskussion der „Grünen Gentechnik“ sachlicher zu führen sein.

Ausweisch der Gesetzesmaterialien soll damit die Effektivität des Handelns der Verwaltung und der informationspflichtigen Stellen gesichert werden.¹

Vorliegend betrifft Ihr Informationsbegehren nicht aufbereitete Daten. Zu den laufenden Forschungsvorhaben liegen noch keine validen Ergebnisse vor. Vielmehr handelt es sich bei den bislang erlangten Ergebnissen, um solche, die nur vorläufig und deshalb nicht belastbar sind.

Sobald abschließende Forschungsergebnisse vorliegen, werden diese in einen Abschlussbericht eingestellt, der wiederum durch die technische Informationsbibliothek Hannover (TIB Hannover) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Auf der Webseite der TIB Hannover (<http://tiborder.gbv.de/psi/DB=2.63/LNG=DU/>) sind die Forschungsberichte der jeweiligen abgeschlossenen Forschungsvorhaben abrufbar.

Auf diese Weise haben Sie die Möglichkeit, sich umfassend über Inhalte, Ergebnisse und Verlauf der Forschungsvorhaben zu informieren. Eine dem Abschlussbericht vorausgehende Veröffentlichung würde die behördliche Funktionsfähigkeit stören und dem Zweck des Gesetzes – Kontrolle der Verwaltung – zuwiderlaufen. Ein Überwiegen des öffentlichen Interesses an der Bekanntgabe der Information ist hier überdies nicht ersichtlich.

Abgelehnte Forschungsvorhaben zur freisetzungsbegleitenden Sicherheitsforschung wurden nicht durchgeführt. Es liegen daher keine Informationen mit Relevanz zum UIG vor.

Abb.: Ablehnung des Akteneinsichtsgesuchs durch das Forschungszentrum Jülich am 30.6.2009.

126 www.pflanzen-biotechnologie.de/veranstaltungen/veranstaltungs-archiv/workshop-gentechnik-und-somatische-embryogenese/Thesenpapier%20Sicherheitsforschung.pdf

127 www.the-scientist.com/templates/trackable/display/supplementarticle.jsp?name=nnw&id=55589

128 Schreiben vom 30.6.2009

129 www.projektwerkstatt.de/gen/akten/biosicherheit/klage100510.ptj.pdf

130 www.fz-juelich.de/ptj/lw_resource/datapool/Nationale_Programme/System_Erde/Planeterde/PTJ_Broschuere_01.pdf